

ARAG SE

Geschäftsbericht 2019

EINZELABSCHLUSS



Inhalt

Kennzahlen	4
Das Profil des ARAG Konzerns	5
Lagebericht	6
I. Grundlagen der Gesellschaft	6
II. Wirtschaftsbericht	8
III. Abhängigkeitsbericht	18
IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht	19
Jahresabschluss	27
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	61
Bericht des Aufsichtsrats	69
Weitere Informationen	75

Überblick

Kennzahlen ARAG SE

(in Tausend Euro)	2019	Veränderung	2018	2017
Umsätze				
Gebuchte Bruttobeiträge	977.678	6,73 %	915.988	870.004
Verdiente Beiträge für eigene Rechnung (f. e. R.)	976.582	6,71 %	915.213	868.041
Aufwendungen				
Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.	507.077	7,46 %	471.873	462.746
Schadenquote (Basis: Verdiente Beiträge)	51,9 %	0,3 %-Pkt.	51,6 %	53,3 %
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.	426.770	6,19 %	401.876	389.181
Kostenquote (Basis: Verdiente Beiträge)	43,7 %	-0,2 %-Pkt.	43,9 %	44,8 %
Ergebnisübersicht				
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	33.071	-6,76 %	35.470	14.841
Kapitalanlageergebnis	78.951	52,49 %	51.776	73.016
Sonstiges Ergebnis	-37.772	7,70 %	-35.073	-31.066
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	74.251	42,32 %	52.174	56.791
Außerordentliches Ergebnis	0	n. a.	0	0
Jahresüberschuss	51.848	64,09 %	31.598	32.031
Kennzahlen				
Versicherungstechnische Rückstellungen/ Verdiente Beiträge (netto)	144,8 %	-3,1 %-Pkt.	147,9 %	151,7 %
Eigenkapital/Verdiente Beiträge	49,4 %	0,1 %-Pkt.	49,3 %	50,6 %

Das Profil des ARAG Konzerns

Ein Überblick

Der ARAG Konzern ist das größte Familienunternehmen in der deutschen Assekuranz und weltweit einer der drei führenden Rechtsschutzanbieter. Vor über 80 Jahren als reiner Rechtsschutzversicherer gegründet, positioniert sich die ARAG heute als international erfolgreicher, innovativer Qualitätsversicherer. Neben dem Rechtsschutzgeschäft bietet sie ihren Kunden in Deutschland auch eigene einzigartige, bedarfsorientierte Produkte und Services in den Bereichen Komposit und Gesundheit. Das Smart Insurer Programm ist dabei ein zentraler Schlüssel, um die Chancen, die sich aus dem Zukunftsthema Digitalisierung für den Konzern ergeben, umfassend zu nutzen und dabei passende Mehrwerte für die Kunden zu schaffen. Neben dem spartenübergreifenden Wachstum im deutschen Markt setzt das Unternehmen gezielt auf Wachstumspotenziale im internationalen Rechtsschutzgeschäft: Der ARAG Konzern ist heute in insgesamt 19 Ländern über Niederlassungen, Gesellschaften und Beteiligungen aktiv – in Deutschland, weiteren europäischen Märkten sowie in den USA, Kanada und Australien. Die insgesamt über 4.300 Mitarbeiter erwirtschaften ein Umsatz- und Beitragsvolumen von rund 1,8 Milliarden €.

Die ARAG SE verantwortet die strategische Konzernführung sowie das operative Rechtsschutzgeschäft national und international. Für die anderen Geschäftsbereiche und deren operative Führung sind die ARAG Versicherungs- und Dienstleistungsgesellschaften verantwortlich. Die vermögensverwaltende ARAG Holding SE bildet das gesellschaftsrechtliche Dach des Konzerns mit seinen Tochter- und Enkelgesellschaften.

Rechtsschutzversicherung

Im Kernsegment Rechtsschutz gestaltet die ARAG ihre Märkte mit innovativen Produkten und Services national und international maßgeblich mit. Das internationale Rechtsschutzgeschäft ist seit einigen Jahren das größte Konzerngeschäftsfeld. Dabei liefern die Einheiten außerhalb Deutschlands wertvolle Wachstumsimpulse für den Konzern. Parallel verfolgt die ARAG SE auch auf ihrem deutschen Heimatmarkt einen klaren Erfolgskurs und erzielt dort steigende Beiträge.

Kompositversicherung

Der Kompositversicherer ARAG Allgemeine beweist sich in seinem hart umkämpften Markt als wettbewerbsfähiger Anbieter von Sach-, Haftpflicht- und Unfallversicherungen. Mit mehr als 20 Millionen versicherten Breiten- und Spitzensportlern ist die Gesellschaft auch Europas größter Sportversicherer. Die Tochtergesellschaft Interlloyd ergänzt das Konzernportfolio als attraktiver Maklerspezialist im Gewerbe- und Privatkundensegment.

Personenversicherung

Mit einer breiten Palette leistungsstarker Produkte unterstreicht die ARAG Kranken im Markt der privaten Krankenversicherung ihre Rolle als einer der besten Anbieter von Krankenvoll- und Krankenzusatzversicherungen. Beim Thema Altersvorsorge rundet der ARAG Stammvertrieb sein Angebot erfolgreich mit den Produkten des Kooperationspartners Alte Leipziger ab.

Lagebericht der ARAG SE

I. Grundlagen der Gesellschaft

Geschäftsmodell der Gesellschaft

Die ARAG SE ist das größte familiengeführte Versicherungsunternehmen in Deutschland. Im Fokus des Rechtsschutzversicherers stehen dabei Produktkonzepte sowohl für Privatkunden als auch für kleinere Gewerbebetriebe. Diversifiziertes Industriegeschäft betreibt die Gesellschaft nicht.

Auf internationalen Märkten wird im Zusammenhang mit dem Rechtsschutzversicherungsgeschäft auch Reiseversicherungsgeschäft betrieben.

Vor mehr als 50 Jahren begann die ARAG SE erstmals damit, sich außerhalb Deutschlands zu betätigen. Mittlerweile ist der ARAG Konzern in insgesamt 19 Ländern über Niederlassungen, Gesellschaften und Beteiligungen aktiv – in Deutschland, weiteren 15 europäischen Märkten sowie in den USA, Kanada und in Australien.

Die internationalen Niederlassungen führen ihr operatives Geschäft in ihren nationalen Märkten unter Berücksichtigung der jeweiligen Landesspezifika eigenständig.

Mit einem internationalen Geschäftsanteil von 63,4 Prozent an den gesamten gebuchten Bruttobeiträgen ist die ARAG SE ein stark internationalisierter deutscher Versicherer.

Geschäftsgebiet

Das Geschäft der ARAG SE beschränkt sich in Deutschland auf den Versicherungszweig „Rechtsschutzversicherung“. Neben dem Rechtsschutzgeschäft wird in Italien, Spanien und Portugal auch Versicherungsgeschäft mit rechtsschutznahen Schutzbriefleistungen betrieben.

Das Geschäftsgebiet der ARAG SE erstreckt sich auf die Länder Deutschland, Niederlande, Belgien, Österreich, Slowenien, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland. Das Geschäft der ARAG SE außerhalb Deutschlands wird durch Niederlassungen betrieben.

Über rechtlich selbstständige Verbundunternehmen, die unter einheitlicher Leitung der ARAG SE als Muttergesellschaft stehen, wird das Rechtsschutzgeschäft darüber hinaus in den USA sowie in Norwegen und über Niederlassungen der norwegischen Tochtergesellschaft auch in Schweden und in Dänemark geführt.

Über Beteiligungen an einem assoziierten Rechtsschutzversicherungsunternehmen ist die ARAG SE auch in der Schweiz tätig. In Großbritannien und in Kanada vermittelt jeweils ein Konzernunternehmen Rechtsschutzgeschäft sowie rechtsschutznahes Schutzbriefgeschäft als Intermediär an britische Erstversicherer, das als Rückversicherungsquote partiell durch die ARAG SE übernommen wird. Das in Großbritannien betriebene Intermediärmodell wurde auch für den australischen Markt adaptiert, in dem die ARAG seit Ende 2019 Rechtsschutzversicherungen über ein Konzernunternehmen anbietet.

Darüber hinaus besteht eine Beteiligung an einer Rechtsschutzversicherungsgesellschaft in Luxemburg.

Versicherungsbestand

Der Versicherungsbestand (Anzahl der Policen) stellt sich zum Ende des Geschäftsjahres wie folgt dar:

Versicherungsbestand

(in Stück)	2019	2018
National	1.610.872	1.542.004
International	2.895.278	2.755.924
Gesamt	4.506.150	4.297.928

Betriebene Versicherungszweige und Versicherungsarten

Das Angebot der ARAG SE in Deutschland umfasst alle in den „Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung“ (ARB) aufgeführten Versicherungsarten des Versicherungszweigs „Rechtsschutzversicherung“ sowie die „Vermögensschaden-Rechtsschutzversicherung für Aufsichtsräte, Beiräte, Vorstände, Unternehmensleiter und Geschäftsführer“ (VRB). Nach besonderen Versicherungsbedingungen werden der Opfer-, Scheidungs-, Unterhalts- und Spezial-Straf-Rechtsschutz sowie in Zusammenarbeit mit der Tochtergesellschaft ARAG Allgemeine Versicherungs-AG das Verbundprodukt ARAG Recht&Heim Aktiv angeboten. Die ARAG SE betreibt zudem in zunehmendem Umfang aktives Rückversicherungsgeschäft mit Dritten.

In Spanien und Italien werden neben dem Rechtsschutzgeschäft auch Policen zur finanziellen Abmilderung der Folgen eines Führerscheinverlusts angeboten. Daneben umfasst das Geschäft in Spanien und Portugal auch Reiseversicherungen.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach einer jahrelang aufwärtsgerichteten Konjunktur schwächte sich die weltweite Wirtschaftslage im Berichtsjahr ab. Der Abschwung der Weltwirtschaft zeichnete sich vor allem in einer schwachen Industrietätigkeit ab. Die Produktion im verarbeitenden Gewerbe stagnierte beziehungsweise sank in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Ebenso führte der lang anhaltende Handelsstreit zwischen den Vereinigten Staaten und China zu einer Reduktion des Welthandels. Auf die konjunkturelle Abschwächung der Wirtschaftslage reagierten die Zentralbanken mit einer Wiederaufnahme beziehungsweise Ausweitung expansiver geldpolitischer Maßnahmen.

Trotz politischer Unsicherheiten dürfte aber die Wirtschaft im Euroraum auch im siebten Jahr in Folge gewachsen sein, wobei das Wachstum von binnenwirtschaftlichen Kräften getragen wurde. In Europa herrschte auch 2019 eine hohe Beschäftigung, die zusammen mit steigenden Löhnen, niedriger Inflation, günstigen Finanzierungsbedingungen und unterstützenden Fiskalmaßnahmen in einigen Mitgliedsstaaten zu einer Belebung der Binnennachfrage führte. Infolgedessen wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der Europäischen Union in 2019 voraussichtlich um 1,4 Prozent ansteigen.

Die Finanzmärkte in Europa waren weiterhin geprägt von diversen geopolitischen Unsicherheiten. Die expansive Geldpolitik in Form von Leitzinssenkungen seitens der US-amerikanischen Notenbank ließ des Weiteren die kurzfristigen Zinsen fallen, wodurch sich der Rückgang der langfristigen Renditen fortsetzte. Auch die Diskussionen um die politische und ökonomische Beziehung zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union und die Gefahr eines ungeordneten „harten Brexits“ spielten im Berichtsjahr eine zentrale Rolle.

In Deutschland kühlte sich die Konjunktur im Berichtsjahr weiter ab. Die Konjunkturrisiken gegenüber dem Vorjahr existierten weiterhin unverändert. Aufgrund der schwächeren Dynamik auf dem Arbeitsmarkt stiegen die verfügbaren Einkommen nicht mehr so rasch an. Unter Berücksichtigung der politischen Unsicherheiten und des angespannten Umfelds prognostizierten die Institute der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose daher für das Jahr 2019 eine geringe Zunahme des BIP von voraussichtlich 0,5 Prozent.

Der deutsche Versicherungsmarkt wuchs insgesamt entgegen erster Prognosen aufgrund temporärer Faktoren erneut und entwickelte sich damit entgegengesetzt zur gesamtwirtschaftlich angespannten Lage. Die Beitragseinnahmen aus dem selbst abgeschlossenen Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft lagen mit voraussichtlich 3,1 Prozent nur leicht unter dem Wachstum von 3,4 Prozent aus 2018. Der Versicherungszweig Rechtsschutzversicherung zeigte ein erneut nennenswertes Beitragswachstum von rund 2,5 Prozent (Vj. 4,2 Prozent), das in größerem Maße von Beitragsanpassungsmöglichkeiten getragen wurde. Für die private Krankenversicherung in Deutschland wird ein weiteres Beitragswachstum von etwa 2,1 Prozent erwartet, das leicht höher liegt als im Vorjahr (1,8 Prozent). Im Rahmen der guten konjunkturellen Entwicklung wirkte sich hier die steigende Zahl von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen weiterhin positiv auf den Bestand in der Vollversicherung aus.

Geschäftsverlauf

Die ARAG SE blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2019 zurück. Das versicherungstechnische Ergebnis fiel etwas schwächer aus, blieb aber auf dem guten Niveau des Vorjahres. Das Kapitalanlageergebnis entwickelte sich durch das anhaltend niedrige Zinsniveau und die steigenden Aktienkurse stark positiv.

Die gebuchten Bruttobeiträge wurden im Berichtsjahr deutlich um 6,7 Prozent von 915.987,7 T€ auf 977.677,8 T€ ausgebaut. Dabei konnte das Wachstumstempo gegenüber dem Vorjahr (5,3 Prozent) entgegen der Prognose im Vorjahresbericht gesteigert werden. Zum Beitragsanstieg trugen verschiedene Entwicklungen bei. In Deutschland setzte sich das Wachstum im selbst abgeschlossenen Geschäft mit einem Plus von 5,9 Prozent fort. Allein das übernommene Geschäft aus dem Vereinigten Königreich entwickelte sich mit – 5,1 Prozent rückläufig. Auf den internationalen Märkten wurden Zuwächse im Wesentlichen im indirekten Geschäft erzielt. In Spanien wurde nach einem Prämienrückgang in 2018 im Berichtsjahr wieder ein starkes Wachstum von insgesamt 7,7 Prozent erzielt. Auch in Italien entwickelte sich das Geschäft weiterhin mit Beitragszuwächsen von 8,8 Prozent dynamisch. Diese wurden hauptsächlich über Erstversicherungspartner im Bereich der Verkehrs-Rechtsschutzversicherung erzielt. In den Niederlanden wurde das Wachstum von 8,2 Prozent stark durch den Abschluss eines neuen großen Rückversicherungsvertrags gestützt. In Österreich wuchsen die Prämien ebenfalls stark mit 7,2 Prozent, obwohl der Markt dort wie in Deutschland stark gesättigt ist. Lediglich in Griechenland und Slowenien wurde im Berichtsjahr kein Wachstum verzeichnet.

Insgesamt stiegen die Beitragseinnahmen der internationalen Niederlassungen um 7,9 Prozent.

Bei den gesamten Beitragseinnahmen stammten 749.273,6 T€ (Vj. 708.706,9 T€) aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft. Von internationalen Niederlassungen wurden im Zusammenhang mit dem Rechtsschutzgeschäft auch Reiseversicherungsgeschäft und Vermögensschadengeschäft im Umfang von 57.056,1 T€ (Vj. 53.072,2 T€) angeboten. Damit entfielen auf das selbst abgeschlossene Rechtsschutzversicherungsgeschäft insgesamt 692.217,5 T€ (Vj. 655.634,6 T€).

Der internationale Geschäftsanteil der gesamten gebuchten Bruttobeiträge erhöhte sich von 59,3 Prozent im Vorjahr auf 59,6 Prozent im Berichtsjahr.

Nach Abzug der Rückversicherungsanteile und der Veränderungen der Beitragsüberträge verblieben für das gesamte Geschäft verdiente Nettobeiträge in Höhe von 976.582,3 T€ (Vj. 915.213,2 T€).

Aufgrund des starken Wachstums stiegen die Bruttoschadenzahlungen für das gesamte Geschäft entsprechend. Durch das starke Beitragswachstum zeigte die Schadenzahlungsquote, bezogen auf die verdienten Beiträge, einen rückläufigen Trend. Sie lag bei 47,2 Prozent (Vj. 48,3 Prozent) – und das, obwohl sich auch im Berichtsjahr zahlungsintensive Kumulschäden auswirkten. Der Nettoschadenaufwand betrug 507.076,8 T€ nach 471.872,6 T€ im Vorjahr. Die bilanzielle Nettoschadenquote erhöhte sich insgesamt entgegen der Prognose im letzten Geschäftsbericht von 51,6 Prozent leicht auf 51,9 Prozent. Dieser Anstieg ergab sich im Rahmen der Vorsorge rund um Kumulrisiken in Deutschland für das Geschäftsjahr 2020.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb erhöhten sich zwar wachstumsbedingt um 24.894,4 T€, konnten aber erwartungsgemäß in Relation zu den verdienten Beiträgen abgesenkt werden. Die Kostenquote lag mit 43,7 Prozent leicht niedriger als im Vorjahr (43,9 Prozent). Ein wesentlicher Grund hierfür war, dass die Altersversorgungsaufwendungen nach der Sterbetafelumstellung 2018 in Deutschland im Berichtsjahr nun deutlich geringer ausfielen. In der Prognose aus dem Vorjahr war noch eine mäßige Erhöhung der Kostenquote für 2019 erwartet worden.

Unter Berücksichtigung der übrigen versicherungstechnischen Aufwendungen und Erträge mit einem Ertragssaldo von 1.394,2 T€ (Vj. 253,2 T€) verbesserte sich das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung vor Schwankungsrückstellung auf einen Gewinn von 44.129,4 T€. Im Vorjahr lag der Gewinn noch bei 41.717,8 T€. Der Schwankungsrückstellung waren insgesamt 11.058,2 T€ (Vj. 6.247,4 T€) zuzuführen – für das Reiseversicherungsgeschäft in Spanien und Portugal, das rechtsschutznahe Vermögensschadengeschäft in Spanien und Italien sowie für das übernommene Rechtsschutzgeschäft in mehreren Ländern.

Das versicherungstechnische Ergebnis nach Zuführung zur Schwankungsrückstellung belief sich auf einen Gewinn von 33.071,2 T€ (Vj. 35.470,4 T€) und ist damit entgegen der Erwartung geringer ausgefallen.

Aus den Kapitalanlagen wurde ein Ergebnis von 78.951,4 T€ (Vj. 51.775,6 T€) erzielt. Dieser Wert liegt deutlich über der Prognose des letztjährigen Geschäftsberichts. Die laufenden Erträge aus anderen Kapitalanlagen gingen wegen Umstrukturierungen und wegen vorgenommener Thesaurierungen bei Spezialfonds planmäßig einmalig stark zurück. Die gute Geschäftsentwicklung bei Tochtergesellschaften in den USA führte hingegen zu einer deutlichen Erhöhung der Beteiligungserträge. Zudem sorgten steigende Börsenpreise von Wertpapieren für hohe Zuschreibungen im Umfang von 18.258,4 T€, nachdem im Vorjahr kurswertbedingt noch 24.381,8 T€ auf Wertpapiere abgeschrieben werden mussten. Durch Umstrukturierungen im Wertpapierbestand wurden Abgangsgewinne in Höhe von 14.340,0 T€ (Vj. 2.571,1 T€) realisiert. Die Ergebnisabführung aus einer Tochtergesellschaft ging von 18.525,1 T€ im Vorjahr auf 11.281,5 T€ im Berichtsjahr zurück. Die Nettoverzinsung des Kapitalanlagebestands stieg auf 4,0 Prozent (Vj. 2,7 Prozent).

Der Verlustsaldo im sonstigen Ergebnis erhöhte sich von 35.072,5 T€ im Vorjahr auf 37.771,5 T€ im Berichtsjahr. Ein wesentlicher Grund hierfür waren Investitionen in die Digitalisierung des Unternehmens. Der Vorsteuergewinn wurde entgegen der Erwartung mit 74.251,1 T€ signifikant gegenüber dem Vorjahr (52.173,5 T€) ausgebaut.

Nach Abzug der Steuerbelastung von 22.402,7 T€ (Vj. 20.576,0 T€) verbleibt ein Jahresüberschuss von 51.848,4 T€, der erheblich über dem des Vorjahres (31.597,5 T€) und damit über den Prognosen liegt. Im Steueraufwand sind Aufwendungen von 491,8 T€ (Vj. 3.971,6 T€) aus latenten Steuern enthalten.

Ertragslage nach Herkunftsländern

Geschäftsverlauf in Deutschland

Verlauf des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts Die gebuchten Bruttobeitragseinnahmen legten im selbst abgeschlossenen Geschäft im Vergleich zum Vorjahr um 5,9 Prozent von 372.597,8 T€ auf 394.712,7 T€ zu. Nach Abzug der Rückversicherungsbeiträge und der Veränderung der Beitragsüberträge verblieben als verdiente Nettobeiträge 389.590,1 T€ (Vj. 367.980,8 T€).

Die Schadenzahlungen stiegen im Berichtsjahr wegen des gewachsenen Versicherungsbestands und erhöhter Zahlungen für Kumulschäden um 8,6 Prozent von 209.992,5 T€ auf 228.109,1 T€ an. Der Geschäftsjahresschadenaufwand erhöhte sich um 16,9 Prozent auf 264.478,4 T€. Die Geschäftsjahresschadenmeldungen weiteten sich von 325.799 Stück im Vorjahr auf 372.309 Stück im Berichtsjahr deutlich aus. Die Geschäftsjahresschadenquote (brutto) in Höhe von 67,8 Prozent liegt deutlich über dem Vorjahreswert von 61,4 Prozent. Insgesamt wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 479.045 Schäden (Vj. 441.502 Schäden) gemeldet; dies entspricht einem Anstieg um 8,5 Prozent.

Rückversicherungsanteile waren im Geschäftsjahr mit 534,2 T€ als Ertrag (Vj. 21,2 T€ Aufwand) zu berücksichtigen. Es verblieb ein bilanzieller Schadenaufwand von 260.923,9 T€ gegenüber 224.966,7 T€ im Vorjahr. Die bilanzielle Schadenquote (netto) betrug 67,0 Prozent nach 61,1 Prozent im Vorjahr.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb stiegen auf 157.889,5 T€ gegenüber 152.935,8 T€ im Vorjahr. Aufgrund der Beitragssteigerung wuchsen die Provisionen im Berichtsjahr um 5,7 Prozent von 88.312,1 T€ auf 93.331,0 T€ an. Die sonstigen primären Verwaltungskosten erhöhten sich im Berichtsjahr von 182.479,3 T€ auf 184.778,7 T€. Die zusätzlichen Provisionsaufwendungen aufgrund des höheren Geschäftsvolumens und die gestiegenen Schadenaufwendungen durch Kumulereignisse führten zu einem stark erhöhten Verlust im versicherungstechnischen Ergebnis vor Schwankungsrückstellung in Höhe von – 27.902,0 T€ (Vj. – 8.777,5 T€).

Eine Schwankungsrückstellung nach § 29 der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) war wegen der geringen Volatilität für das selbst abgeschlossene Geschäft nicht zu bilden.

Verlauf des in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäfts In Deutschland übernimmt die ARAG SE Fremdgeschäft aus dem Vereinigten Königreich von Erstversicherungsgesellschaften quotal in Rückdeckung. Das Geschäft mit einer dieser Gesellschaften befindet sich in Abwicklung. Daneben bestehen Rückversicherungsverträge mit einem Erstversicherer in England für kanadisches Geschäft (Quotenvertrag) und einem weiteren Erstversicherer in Australien für australisches Geschäft. Die Nettobeiträge beliefen sich auf 24.175,7 T€ nach 25.465,8 T€ im Vorjahr. Unter Berücksichtigung der Schadenaufwendungen von 18.763,9 T€ (Vj. 20.546,1 T€) und der Verwaltungsaufwendungen von 1.190,4 T€ (Vj. 1.409,4 T€) sowie der Rückstellung für Profit Share Agreements wegen der Besonderheiten des englischen Geschäfts entstand ein technischer Gewinn vor Schwankungsrückstellung von 3.869,6 T€ (Vj. 2.172,0 T€).

Der Schwankungsrückstellung waren 997,3 T€ (Vj. 377,1 T€) zuzuführen. Das versicherungstechnische Ergebnis des übernommenen Geschäfts weist einen Gewinn von 2.872,3 T€ (Vj. 1.794,9 T€) aus.

Nichtversicherungstechnisches Ergebnis Die Rahmenbedingungen auf den Finanzmärkten entwickelten sich im Berichtsjahr uneinheitlich. Zum einen sanken die Zinsen aufgrund der Wiederaufnahme der Anleiheaufkäufe durch die Europäische Zentralbank (EZB). Auf der anderen Seite stiegen die Aktienkurse deutlich. Diese Entwicklung führte zu hohen Zuschreibungen auf Wertpapiere – vor allem in den Bereichen High Yield und Emerging Markets, die noch im Vorjahr für Abschreibungen gesorgt hatten. Bei der ARAG SE in Deutschland sanken die gesamten Abschreibungen auf Kapitalanlagen im Berichtsjahr deutlich von 19.521,1 T€ auf 11.477,6 T€. Die Zuschreibungen in Höhe von 14.073,6 T€ entfielen im Wesentlichen auf Anteile an Spezialfonds, nachdem im Vorjahr Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von 1.877,9 T€ zugeschrieben wurden. Wegen Thesaurierungen von ordentlichen Erträgen in Spezialfonds sowie aufgrund des anhaltend geringen Zinsniveaus entwickelten sich die laufenden Erträge aus den anderen Kapitalanlagen stark rückläufig – von 21.152,7 T€ auf 12.034,3 T€. Die Erträge aus Grundstücken sanken ebenfalls, von 2.865,1 T€ auf 2.546,5 T€. Hauptgrund hierfür waren Renovierungsarbeiten im Berichtsjahr. Die Dividendenerträge aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 5.683,3 T€ an. Dabei trugen insbesondere die Beteiligungen in den USA und in der Schweiz zu hohen und stabilen Erträgen bei. Die Ergebnisabführung der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG ging auf 11.281,5 T€ zurück (Vj. 18.525,1 T€).

Insgesamt erzielten die Kapitalanlagen ein Ergebnis von 61.484,2 T€ nach 37.097,5 T€ im Vorjahr. Das ordentliche Kapitalanlageergebnis belief sich – nach Kürzung der Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen – auf 44.953,9 T€ (Vj. 55.396,7 T€). Die laufende Durchschnittsverzinsung betrug 3,7 Prozent (Vj. 4,7 Prozent).

Das sonstige Ergebnis weist einen saldierten Aufwand von 32.396,5 T€ (Vj. 30.120,0 T€) aus. Darin sind neben dem nahezu ausgeglichenen Ergebnis aus der Erbringung von Dienstleistungen an Konzerngesellschaften und Dritte auch Aufwendungen enthalten, denen Erträge nicht direkt zugeordnet werden können. Dazu gehören die Zinszuführung zur Pensionsrückstellung, die Aufsichtsrats- und Beiratsvergütungen, die Jahresabschlusskosten, die allgemeinen Rechts- und Steuerberatungskosten, die Kosten für das Aufsichtsregime Solvency II und der Zinsaufwand für die nachrangigen Verbindlichkeiten.

Außerordentliches Ergebnis Weder im Geschäftsjahr noch im Vorjahr entstand ein außerordentlicher Aufwand oder Ertrag.

Steuern Die laufenden Ertragsteuern ergaben einen Ertrag von 264,6 T€ (Vj. 1.113,8 T€ Aufwand) und entfielen im gesamten Umfang auf Vorjahre (Vj. –410,7 T€ Ertrag aus Vorjahressteuern). Die sonstigen Steuern miteinbezogen, entstand ein Gesamtsteueraufwand von 501,4 T€ gegenüber 1.211,0 T€ im Vorjahr.

Gesamtergebnis Deutschland Das Gesamtergebnis nach Steuern für das deutsche Geschäft der ARAG SE ergibt einen Jahresüberschuss von 3.556,5 T€ (Vj. 1.216,3 T€ Verlust).

Geschäftsverlauf der Niederlassungen Die acht europäischen Niederlassungen der ARAG SE setzten ihren Wachstumskurs kontinuierlich fort. Sie steigerten ihre Bruttobeitragseinnahmen um insgesamt 7,9 Prozent auf 558.789,4 T€ (Vj. 517.924,1 T€). Die Niederlassungen mit den größten gebuchten Beiträgen sind die ARAG Niederlande mit 163.458,8 T€ (Vj. 151.066,0 T€), die ARAG Spanien mit 148.302,1 T€ (Vj. 137.753,2 T€) und die ARAG Italien mit 141.806,3 T€ (Vj. 130.343,8 T€). Die verdienten Beiträge für eigene Rechnung betrugen insgesamt 562.816,5 T€ (Vj. 521.766,6 T€). Das Wachstum wurde im Wesentlichen durch die Gewinnung von neuen Geschäftspartnern im indirekten Geschäft (Niederlande), die konsequente Weiterentwicklung von Versicherungsprodukten im rechtsschutznahen Geschäft (Spanien, Italien) und den weiteren Ausbau der Vertriebswege (Österreich) erzielt.

Die Schadenquote sank von 43,4 Prozent im Vorjahr auf 40,4 Prozent im Berichtsjahr ab. Der absolute Anstieg der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb war provisiionsgetrieben; die Kostenquote veränderte sich im Vergleich zum Vorjahr (47,4 Prozent) unwesentlich auf 47,6 Prozent. Inklusive der sonstigen versicherungstechnischen Erträge und Aufwendungen von 424,8 T€ weist das internationale Rechtsschutzgeschäft beim versicherungstechnischen Ergebnis vor Schwankungsrückstellung mit 68.161,8 T€ einen erheblich höheren Gewinn aus als im Vorjahr (48.323,4 T€). Der Schwankungsrückstellung waren wegen der günstigen Schadenentwicklung 10.060,9 T€ (Vj. 5.870,3 T€) zuzuführen, sodass ein deutlich verbessertes Ergebnis von 58.100,9 T€ (Vj. 42.453,1 T€) in der versicherungstechnischen Rechnung verblieb.

Die Kapitalanlagen, die dem Versicherungsgeschäft der Niederlassungen zugeordnet sind, erzielten ein Kapitalanlageergebnis in Höhe von insgesamt 17.467,2 T€ (Vj. 14.678,1 T€). Diese Steigerung ist durch Zuschreibungen aufgrund der Kapitalmarktentwicklung bedingt. Im Vorjahr waren hohe Abschreibungen vorzunehmen. Das ordentliche Kapitalanlageergebnis sank demgegenüber von 18.310,3 T€ im Vorjahr auf 15.680,8 T€ im Berichtsjahr. Das sonstige Ergebnis weist einen Verlust von 5.375,0 T€ (Vj. 4.952,5 T€) aus.

Aus der normalen Geschäftstätigkeit der Niederlassungen wurde ein hoher Überschuss von 70.193,1 T€ (Vj. 52.178,7 T€) erzielt. Die Steuerbelastung betrug 21.901,3 T€ (Vj. 19.364,9 T€). Im Steueraufwand ist ein Aufwand von 491,8 T€ (Vj. 3.971,6 T€) aus der Veränderung von latenten Steuersalden enthalten.

Mit ihrem klar gesteigerten Überschuss von 48.291,8 T€ (Vj. 32.813,8 T€) leisteten die europäischen Niederlassungen im Berichtsjahr einen wichtigen nachhaltigen Beitrag zum Gesamtergebnis der ARAG SE.

Gesamtergebnis

Die Ertragslage der ARAG SE war nachhaltig vom Wachstum der Geschäftstätigkeit im gesamten Geschäftsgebiet geprägt. Das internationale Versicherungsgeschäft gewann dabei an Ertragsstärke. In Deutschland wurde das Ergebnis deutlich durch Kumulschäden rund um den Abgasskandal beeinflusst. Im Geschäftsjahr stiegen die verdienten Nettobeiträge um 6,7 Prozent. Die Versicherungsleistungen weiteten sich jedoch um 7,5 Prozent aus. Provisionssteigerungen durch höheres Neugeschäft und durch den Abschluss von neuen aktiven Rückversicherungsverträgen führten zu absoluten Kostensteigerungen. Dennoch konnte die Kostenquote nach 43,9 Prozent im Vorjahr auf 43,7 Prozent im Berichtsjahr leicht abgesenkt werden.

Die versicherungstechnische Rechnung vor Schwankungsrückstellung liegt mit einem Gewinn von 44.129,4 T€ sogar über dem Wert des Vorjahres von 41.717,8 T€. Nach der Zuführung zur Schwankungsrückstellung, die insbesondere für die Versicherungszweige des übernommenen Geschäfts erforderlich war, verblieb ein weiterhin hoher Gewinn von 33.071,2 T€ (Vj. 35.470,4 T€) in der versicherungstechnischen Rechnung.

Das Kapitalanlageergebnis stieg im Berichtsjahr von 51.775,6 T€ auf 78.951,4 T€ stark an. Die Aktienkurse entwickelten sich sehr positiv. Aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus kam es zu Zuschreibungen auf festverzinsliche Wertpapiere und auf Spezialfondsanteile, nachdem im Vorjahr noch hohe außerplanmäßige Abschreibungen angefallen waren. Umstrukturierungen bei den Spezialfonds bewirkten zudem Abgangsgewinne. Das ordentliche Kapitalanlageergebnis ging mit 60.634,6 T€ gegenüber dem Vorjahr (73.707,0 T€) wegen der anhaltenden niedrigen Zinsen, Thesaurierungen in den Spezialfonds und den etwas geringeren Beteiligungserträgen zurück. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen betrug im Berichtsjahr 4,0 Prozent (Vj. 2,7 Prozent), die laufende Durchschnittsverzinsung belief sich auf 3,1 Prozent (Vj. 3,8 Prozent).

Der Verlustsaldo im sonstigen Ergebnis sank mit – 37.771,5 T€ gegenüber dem Vorjahr (– 35.072,5 T€) noch einmal ab. Hier wurden Entlastungen bei den Altersversorgungsaufwendungen aufgrund der Sterbetafelanpassung zur Berechnung der Versorgungsverpflichtungen aus 2018 im Berichtsjahr durch Investitionen in Digitalisierungsmaßnahmen und Aufwendungen aus Währungskurseffekten überkompensiert. Der Gewinn vor Steuern beträgt insgesamt 74.251,1 T€. Dieser Wert liegt entgegen der Erwartung weit über dem des Vorjahres von 52.173,5 T€.

Nach Abzug der Steuerbelastung verblieb ein Jahresüberschuss von 51.848,4 T€ (Vj. 31.597,5 T€). Im Steueraufwand ist ein Zusatzaufwand von 491,8 T€ (Vj. 3.971,6 T€) aufgrund der Veränderung von latenten Steuersalden enthalten. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr steht der Hauptversammlung ein Betrag von 51.878,1 T€ (Vj. 31.629,7 T€) zur Entscheidung über die Verwendung zur Verfügung.

Die Geschäftsentwicklung verlief im Berichtsjahr unter Würdigung der Rahmenbedingungen – insbesondere auf den Kapitalmärkten – äußerst positiv.

Die ARAG SE dankt allen Mitarbeitern und Vertriebspartnern für den geleisteten Einsatz und den Kunden für das der Gesellschaft entgegengebrachte Vertrauen.

Finanzlage

Ziel der Finanzmittelsteuerung ist es, durch ausreichende Kapitalausstattung und Liquiditätssteuerung die jederzeitige Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft sicherzustellen und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen über die Solvabilitätskapitalausstattung von Versicherungsunternehmen nicht nur zu erfüllen, sondern eine Überdeckung zu erreichen. Die in der Bilanz ausgewiesenen nachrangigen Verbindlichkeiten sind gemäß § 89 Abs. 3 Nr. 2 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) als Basiseigenmittel qualifiziert. Diese bestehen aus einer Namensschuldverschreibung im Umfang von 30.000,0 T€ mit einer Laufzeit bis zum 29. Juli 2024.

Zur jederzeitigen Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus den Versicherungsverträgen des Unternehmens stehen neben laufenden Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbeständen in Höhe von 112.635,8 T€ (Vj. 118.808,0 T€) insbesondere die an den Kapital- und Finanzmärkten kurzfristig veräußerlichen Kapitalanlagen zur Verfügung.

Vermögenslage

Die im Geschäftsjahr um 92.624,0 T€ oder 4,8 Prozent auf 2.031.499,7 T€ vermehrten Kapitalanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

Kapitalanlagestruktur

(in Tausend Euro)	2019		2018	
Grundstücke und Bauten	85.942,2	4,2 %	91.234,3	4,7 %
Verbundene Unternehmen und Beteiligungen	310.618,9	15,3 %	308.778,7	15,9 %
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.040,0	0,1 %	1.300,0	0,1 %
Aktien und Investmentanteile	663.986,9	32,7 %	606.304,2	31,3 %
Inhaberschuldverschreibungen	509.327,0	25,1 %	428.501,9	22,1 %
Hypotheken-, Grundschild-, Rentenschuldforderungen	3.075,0	0,2 %	8.879,9	0,4 %
Namensschuldverschreibungen	130.511,3	6,4 %	140.511,3	7,3 %
Schuldscheinforderungen, Darlehen	235.982,7	11,6 %	266.959,9	13,8 %
Übrige Ausleihungen	97,4	0,0 %	107,9	0,0 %
Einlagen bei Kreditinstituten	27.469,0	1,4 %	27.169,0	1,4 %
Andere Kapitalanlagen	2.771,0	0,1 %	3.193,2	0,1 %
Depotforderungen	60.678,3	3,0 %	55.935,4	2,9 %
Gesamt	2.031.499,7	100,0 %	1.938.875,7	100,0 %

Aktien und Investmentanteile wurden nach § 341 b Abs. 2 Handelsgesetzbuch (HGB) mit einem Buchwert von 625.984,1 T€ (Vj. 603.017,8 T€) dem Anlagevermögen zugeordnet. Inhaberschuldverschreibungen wurden im Buchwertumfang von 59.908,2 T€ (Vj. 73.218,7 T€) wie Anlagevermögen behandelt.

Über eine Beteiligungsstruktur wurden indirekt Investitionsverpflichtungen in Private-Equity-Fonds eingegangen. Die ausstehenden Verpflichtungen belaufen sich zum 31. Dezember 2019 auf 93.990,0 T€. Die Finanzierung erfolgt durch die Finanzmittelüberschüsse aus dem Versicherungsgeschäft der Zukunft.

Weitere Informationen über die Struktur der Kapitalanlagen und ihre Entwicklung ergeben sich aus der Übersicht unter den nichtversicherungstechnischen Angaben im Anhang.

Solvabilität Nach § 89 Abs. 1 VAG sind alle Versicherungsunternehmen verpflichtet, stets über anrechnungsfähige Eigenmittel mindestens in Höhe der Solvenzkapitalanforderung zu verfügen. Seit dem 1. Januar 2016 ist das Solvency-II-Regime in Kraft. Gemäß § 40 VAG ist spätestens 14 Wochen nach dem Ende des Geschäftsjahres ein Solvabilitäts- und Finanzbericht zu veröffentlichen, in dem allgemein verständlich die Solvabilitätslage erläutert wird. Versicherungsgruppen haben darüber hinaus auf Konzernebene die Bedeckung der Solvabilitätsspanne mit qualifizierten Eigenmitteln und deren angemessene Verteilung im Konzern sicherzustellen. Die Einhaltung der Solvabilitätsvorschriften wird der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) quartalsweise nachgewiesen.

Die Solvabilitätskennzahlen werden auf der Ebene der Versicherungsgesellschaft und auf Ebene des Konzerns quartalsweise berechnet.

Im Berichtsjahr ist die Bedeckung der gesetzlich geforderten Solvabilitätsspanne gemäß den aktuellen Solvabilitätsvorschriften bei der ARAG SE stets sichergestellt.

Mitarbeiter

Zum Ende des Geschäftsjahres 2019 zählte die ARAG SE in Deutschland insgesamt 1.131 (Vj. 1.132) Mitarbeiter. Außerhalb Deutschlands waren weitere 1.688 (Vj. 1.547) Mitarbeiter beschäftigt. Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl betrug im Berichtsjahr insgesamt 2.775 Personen (Vj. 2.643).

Erklärung zur Unternehmensführung

Zielgrößen für den Frauenanteil in Führungsfunktionen Das Unternehmen legt Zielgrößen für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb des Geschäftsführungsorgans, im Geschäftsführungsorgan sowie im Aufsichtsrat fest und bestimmt entsprechende Erreichungsfristen, wie durch das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen an Führungspositionen vorgegeben. Der Vorstand befürwortet einen steigenden Anteil von Frauen in Führungspositionen, insbesondere solange deren Anteil unter 30 Prozent liegt. Hierzu gibt es zahlreiche unterstützende Maßnahmen im Rahmen des Projekts Beruf und Familie.

Für den Stichtag 30. Juni 2019 hatte der Vorstand die Zielquote für den Frauenanteil in der ersten Führungsebene unterhalb des Geschäftsführungsorgans auf 11 Prozent und in der zweiten Führungsebene auf 30 Prozent festgelegt. Beide Zielgrößen entsprechen einer Steigerung gegenüber dem Stand zum Zeitpunkt der Festlegung der Zielquote. Der Aufsichtsrat hatte für den 30. Juni 2019 eine Zielquote im Aufsichtsrat von 11 Prozent und im Vorstand von 0 Prozent beschlossen.

Die Ist-Quoten zum 30. Juni 2019 betrugen in der ersten Führungsebene unterhalb des Geschäftsführungsorgans 20 Prozent und in der zweiten Führungsebene 34 Prozent. Damit wurden beide Zielquoten deutlich überschritten. Die Ist-Quoten des Aufsichtsrats und des Vorstands entsprechen mit 11 Prozent beziehungsweise 0 Prozent den Zielquoten.

Zur nächsten Erreichungsfrist mit dem Stichtag 30. Juni 2021 hat der Vorstand die Zielquote für den Frauenanteil in der ersten Führungsebene unterhalb des Geschäftsführungsorgans auf 20 Prozent und in der zweiten Führungsebene auf 36 Prozent festgelegt. Der Aufsichtsrat hat für den 30. Juni 2021 über eine Zielquote im Aufsichtsrat von 11 Prozent und im Vorstand von 0 Prozent entschieden. Das entspricht in beiden Organen dem Status zum Zeitpunkt der Festlegung der Zielquote.

Verweis auf den zusammengefassten gesonderten nichtfinanziellen Bericht

Durch das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz ist die ARAG SE seit 2017 nach § 341 a Abs. 1 a HGB zur nichtfinanziellen Berichterstattung verpflichtet. Aufgrund der Einbeziehung der ARAG SE in den Konzernlagebericht des Mutterunternehmens ARAG Holding SE, Düsseldorf, macht die ARAG SE von der Befreiungsmöglichkeit des § 341 a Abs. 1 a Satz 3 in Verbindung mit § 289 b Abs. 2 HGB Gebrauch. Das Mutterunternehmen ARAG Holding SE veröffentlicht einen zusammengefassten gesonderten nichtfinanziellen Bericht (ARAG Nachhaltigkeitsbericht 2019*) außerhalb des Konzernlageberichts gemäß § 315 b Abs. 3 HGB zusammen mit dem Konzernlagebericht.

Dieser Nachhaltigkeitsbericht ist unter folgendem Link in deutscher Sprache öffentlich verfügbar: www.arag.com/german/press/publications/

* Nicht Bestandteil des Lageberichts.

III. Abhängigkeitsbericht und Beziehungen

zu verbundenen Unternehmen

An der ARAG SE ist die ARAG Holding SE, Düsseldorf, mittelbar mehrheitlich beteiligt. Das Bestehen der Mehrheitsbeteiligung wurde der ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG (heute ARAG SE) am 28. April 2000 durch das Geschäftsführungsorgan der ARAG AG (heute ARAG Holding SE) nach § 20 Abs. 1 und 4 Aktiengesetz (AktG) mitgeteilt.

Damit ist die ARAG SE ein abhängiges Unternehmen im Sinne von § 17 Abs. 1 AktG in Bezug auf die ARAG Holding SE.

Der Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach § 312 AktG schließt mit folgender Erklärung:

„Nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, hat unsere Gesellschaft bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Die Gesellschaft hat außer den aufgeführten Rechtsgeschäften keine anderen berichtspflichtigen Rechtsgeschäfte oder Maßnahmen vorgenommen oder unterlassen.“

IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Die Entwicklung der Weltwirtschaft wird auch in Zukunft von zahlreichen wesentlichen Risiken beeinflusst werden. Hierzu zählt die Gefahr, dass protektionistische Tendenzen und politische Unsicherheiten zunehmen und sich die internationalen Handelsbeziehungen weiter abkühlen.

Mit Blick auf die politischen Entwicklungen in Europa und Deutschland ist weiterhin eine der zentralen Fragen die ungeklärte politische und ökonomische Beziehung zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union. Nach dem vollzogenen Brexit im Januar 2020 sind neben den Grundlagen für die langfristigen internationalen Beziehungen des Landes auch die wirtschaftlichen Auswirkungen noch unklar.

Diesen Risiken stehen jedoch auch Chancen und Potenziale für ein stärkeres Wachstum der Weltwirtschaft gegenüber. Für den Euroraum geht aus der Prognose der Europäischen Kommission hervor, dass das europäische BIP auch künftig wachsen wird. Getragen wird diese Entwicklung ausschließlich durch starke binnenwirtschaftliche Kräfte einzelner Volkswirtschaften. Dementsprechend bleibt auch die Geldpolitik der EZB weiterhin expansiv ausgerichtet, um dem derzeitigen Abschwung entgegenzuwirken. Für das Jahr 2020 wird demnach erwartet, dass durch die Lockerung der weltweiten Finanzierungsbedingungen und das Setzen politischer Impulse in einigen aufstrebenden Volkswirtschaften das europäische BIP um 1,6 Prozent wachsen wird (2019: 1,4 Prozent).

Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich in einem Abschwung. Die Abkühlung hat vor allem die Industrie erfasst und lässt aufgrund einer rückläufigen Produktion und einer schwierigen Auftragslage keine schnelle Belebung erwarten. Der Sachverständigenrat geht für 2020 von einem Wachstum des nationalen BIPs in Höhe von lediglich 0,5 Prozent aus. Trotz einer momentanen Konjunkturschwäche erwarten die Experten jedoch keine tiefergehende Rezession.

Herausforderungen für die Versicherer ergeben sich unverändert aus einer deutlichen Intensivierung des Wettbewerbs. Chancen für weiteres Prämienwachstum und für einen zusätzlichen Bestandsausbau ergeben sich zu großen Teilen lediglich durch einen Anbieterwechsel. Dieser Trend wird auch zukünftig beobachtbar bleiben.

Die Beitragseinnahmen in der Versicherungswirtschaft werden voraussichtlich weiter anwachsen. Für den deutschen Markt rechnet der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) in 2020 mit einer Steigerung von etwa 1,8 Prozent (Vj. 5,4 Prozent). In der Schaden- und Unfallversicherung wird hier für 2020 von einem Prämienplus von circa 2,5 Prozent (Vj. 3,1 Prozent) ausgegangen. Getragen wird die Entwicklung in der Schaden- und Unfallversicherung insbesondere durch erneut steigende Versicherungssummen und Deckungserweiterungen. In der privaten Krankenversicherung wird sich der Beitragsanstieg voraussichtlich auf 2,0 Prozent (Vj. 2,1 Prozent) belaufen.

Die ARAG SE blickt optimistisch in die Zukunft und auf das laufende Geschäftsjahr 2020. Der Bedarf an Rechtsschutzversicherungen und Rechtsdienstleistungen steigt nicht zuletzt auch angesichts der immer komplexeren Regelungen und Vorgaben im täglichen Leben. Die Absicherung gegen rechtliche Risiken entwickelt sich zu einem zunehmenden Bedürfnis. Der Zugang zur Justiz wird von den Bürgern Europas zunehmend als Bürgerrecht verstanden, das in Anbetracht der Kosten für Anwälte und Gerichte oftmals ohne eine Rechtsschutzversicherung nicht wirklich allen gleichermaßen offensteht.

Vor diesem Hintergrund ist von einer ausgeweiteten Nachfrage nach Rechtsschutzversicherungen und damit auch von gesteigerten Beitragseinnahmen auszugehen. Diese werden zusätzlich gestützt durch die Prognose einer starken Binnennachfrage in Deutschland und im EU-Ausland. Die ARAG SE rechnet für das Jahr 2020 mit einem anhaltenden, leicht geringeren Beitragswachstum als im Berichtsjahr. Das veränderte Kumulschadenrisiko ist bereits im Jahr 2019 berücksichtigt worden. Weitere Zunahmen werden hier nicht erwartet. Daher wird von einer Schadenquote auf leicht rückläufigem Niveau ausgegangen.

Die ARAG SE sieht die digitale Transformation als deutliches Chancenthema. Bereits heute trägt das Onlinegeschäft entscheidend zum Wachstum bei.

In den kommenden Jahren wird die digitale Transformation des Unternehmens zu den wesentlichen Zukunftsaufgaben gehören. Das im Jahr 2018 eingeführte ARAG Smart Insurer Programm gibt hierfür den konzernweiten Orientierungsrahmen vor.

Die Kostenquote des Unternehmens wird sich in 2020 nur leicht erhöhen, zusätzlich sind höhere Provisionen im übernommenen Geschäft zu erwarten.

Das versicherungstechnische Ergebnis nach Schwankungsrückstellung wird für das laufende Geschäftsjahr voraussichtlich leicht geringer ausfallen als im Berichtsjahr 2019.

Die Einschätzung des Kapitalanlageergebnisses ist insbesondere aufgrund der aktuell schwer einschätzbaren Auswirkungen von gesundheitlichen Notlagen (COVID-19) nach wie vor mit einer hohen Unsicherheit verbunden. Vor dem Hintergrund der sich etwas abschwächenden Konjunktur ist davon auszugehen, dass die expansive Geldpolitik der EZB fortgesetzt wird, was weiter sehr niedrige oder gar negative Zinsen bedeutet. Zuschreibungen werden wegen der Anschaffungskostenbegrenzung im Jahr 2020 jedenfalls geringer ausfallen als im Berichtsjahr. Zudem werden die ordentlichen Kapitalerträge unter dem niedrigen Zinsniveau leiden und tendenziell zurückgehen. Das Kapitalanlageergebnis wird daher im laufenden Geschäftsjahr deutlich geringer ausfallen als im Vorjahr. Insgesamt wird mit einem klar geringeren Ergebnis vor Steuern für das Jahr 2020 gerechnet.

Risikobericht

Risikomanagementsystem

Risikostrategie Basierend auf der Geschäftsstrategie legt der Vorstand die Risikostrategie fest. Sie definiert den risikopolitischen Rahmen für die mit den strategischen Geschäftszielen verbundene Ausgestaltung der einzelnen Risikopositionen. Ausgehend von der festgelegten Risikotoleranz werden darüber hinaus die Instrumente zur Einhaltung der vorgegebenen Risikotragfähigkeit beschrieben. Damit erfolgt eine ganzheitliche Steuerung der Risiken, wobei jederzeit sicherzustellen ist, dass das Gesamtrisikoprofil in Einklang mit der Risikostrategie steht. Die Quantifizierung von Risiken und die Messung der Risikotragfähigkeit erfolgen im Rahmen der Rechnungslegung gemäß Solvency II.

Limitsystem Ausgehend von der festgelegten Risikotoleranz in Form einer geschäftspolitischen Mindestbedeckungsquote und den gegebenen anrechnungsfähigen Eigenmitteln wird ermittelt, wie hoch die Solvenzkapitalanforderung für die Gesellschaft insgesamt maximal sein darf. Der Vorstand legt anhand dieser Obergrenze ein Gesamtlimit fest, welches auf die wesentlichen Risiken beziehungsweise Subrisiken verteilt wird. Das Limitsystem wird jährlich überprüft. Auf Basis unterjähriger Berechnungen der Limitauslastung wird ermittelt, inwieweit Risiken weiter eingegangen werden können, reduziert werden sollten beziehungsweise eine Limiterhöhung grundsätzlich möglich ist. Sowohl für die Risikotragfähigkeit als auch für die Limitierung auf Ebene der Risikokategorien wird ein Ampelsystem genutzt, anhand dessen die Entwicklung der Limitauslastungen rechtzeitig erkannt wird und gegebenenfalls Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

ORSA Um das Ziel der konservativen Risiko- und Solvabilitätspolitik langfristig zu gewährleisten, wird im Own-Risk-and-Solvency-Assessment(ORSA)-Prozess geprüft, ob die zukünftige Entwicklung der bedeutendsten Einzelrisiken in den nächsten drei Geschäftsjahren beherrschbar bleibt. Dazu werden im ORSA-Prozess der unternehmens-eigene Gesamtsolvabilitätsbedarf sowie die Eigenmittel pro Planjahr ermittelt und daraus eine Indikation für die zukünftige Bedeckungssituation des Unternehmens abgeleitet.

Für die jährliche Durchführung des ORSA-Prozesses ist der Vorstand verantwortlich und übernimmt darin eine führende Rolle.

Unabhängige Risikomanagementfunktion Die Umsetzung des Risikomanagementsystems obliegt der unabhängigen Risikomanagementfunktion, die von der Hauptabteilung Konzern Risikomanagement wahrgenommen wird. Das Konzern Risikomanagement ist dabei bis auf die Vorstandsebene von den operativen Einheiten mit Ergebnisverantwortung getrennt. Für die gesellschaftsübergreifende Umsetzung des Risikomanagementsystems innerhalb des Konzerns ist der Chief Risk Officer als Mitglied des Vorstands zuständig. Die Umsetzung erfolgt maßgeblich in Form einer Risk Governance, durch die mit konzernweit einheitlichen Leit- und Richtlinien Vorgaben für die Umsetzung der risikorelevanten Prozesse in der Gesellschaft festgelegt werden. Zudem sorgt die unabhängige Risikomanagementfunktion durch eine regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand für umfassende Transparenz hinsichtlich der Risikolage und ihrer Veränderung.

Die operativen Entscheidungen über die Wahrnehmung von Chancen und das Eingehen von Risiken werden in den jeweils verantwortlichen Unternehmensbereichen getroffen.

Risikomanagementprozess Ziel der Risikoidentifikation ist es, das Auftreten neuer oder die Veränderung bestehender Risiken frühzeitig zu erkennen und nach einem einheitlichen Verfahren zu bewerten. So werden beispielsweise Risiken aus der Erschließung neuer Märkte und der Einführung neuer Produkte in einem entsprechenden Neu-Produkt-Prozess bereichsübergreifend identifiziert, analysiert, bewertet und dem Vorstand zur Entscheidung vorgelegt.

Im Hinblick auf eine angemessene Bewertung der Risiken werden Einflussfaktoren analysiert, die den Wert der relevanten Position in der Solvabilitätsübersicht bestimmen. Diese Einflussfaktoren werden im Rahmen der Validierung regelmäßig dahin gehend überprüft, ob sie für die Bewertung des Risikos angemessen sind.

Alle identifizierten Risiken werden kontinuierlich bewertet. Risiken, für die eine Solvenzkapitalanforderung besteht, werden mit einem internen Partialmodell bewertet. Dieses ermittelt den jeweiligen Wertverlust von Risikopositionen, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,5 Prozent innerhalb eines Jahres nicht überschritten wird. Die Methodik wird regelmäßig mit Backtesting und Validierungstests überprüft. Außerdem werden die Risikopositionen kontinuierlich einem Stresstest unterzogen. Die Bewertung relevanter Risiken, die nicht in die Solvenzkapitalanforderung einfließen, erfolgt im Rahmen des ORSA-Prozesses.

Die operative Steuerung der Risiken wird somit von den Führungskräften und Prozessinhabern derjenigen Bereiche durchgeführt, in denen die Risiken entstehen (siehe unten). Die Risikosteuerung umfasst die Umsetzung von Maßnahmen zu Risikominderung, -absicherung, -transfer und -diversifikation.

Im Rahmen der Risikoüberwachung wird insbesondere die Entwicklung des Risikoprofils untersucht. Dabei stehen die Risikotragfähigkeit und die Limitauslastung im Vordergrund. Die Risikoüberwachung berücksichtigt die aufsichtsrechtlichen und internen Vorgaben zur Mindestbedeckung. Über die Ergebnisse der Risikoüberwachung und daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen wird dem Vorstand kontinuierlich und zeitnah Bericht erstattet. Grundsätzlich können auch überraschende Entwicklungen oder extreme Ereignisse das Risikoprofil einer Gesellschaft beeinflussen. Aus diesem Grund erfolgt im Bedarfsfall eine Ad-hoc-Berichterstattung.

Internes Steuerungs- und Kontrollsystem Unter dem Internen Steuerungs- und Kontrollsystem (ISKS) werden alle Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen sowie sonstigen Maßnahmen verstanden, die dazu dienen, die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit zu unterstützen sowie Risiken frühzeitig zu erkennen und zu minimieren. Zudem wird die Einhaltung der zu beachtenden Gesetze und Verordnungen sowie aller aufsichtsbehördlichen Anforderungen und internen Vorgaben sichergestellt.

Der ARAG Konzern folgt bei der Ausgestaltung des ISKS dem „Three Lines of Defence“-Modell:

- First Line of Defence: Die erste Verteidigungslinie wird von allen Mitarbeitern und Führungskräften der operativen Funktionen gebildet, welche im Rahmen des Risikokontrollprozesses für die Identifikation und Bewertung der Risiken ihres Bereichs verantwortlich sind.
- Second Line of Defence: Die Überwachung der Geschäfts- und Zentralbereiche erfolgt durch Querschnittsfunktionen (Konzerncontrolling, Recht/Compliance, Konzern Risikomanagement und die Versicherungsmathematische Funktion), die Standards für die Ausgestaltung und Überwachung von Kontrollen und den Umgang mit Risiken vergeben.
- Third Line of Defence: Im Rahmen der Revisionstätigkeit für die Konzerngesellschaften prüft die Hauptabteilung Konzern Revision die Funktionen der First und Second Line of Defence innerhalb des ARAG Konzerns. Darüber hinaus führt die Hauptabteilung Konzern Revision für die Konzerngesellschaften die Revisionstätigkeit aus, die ihr diese vertraglich übertragen haben. Gemäß den von der Geschäftsleitung erteilten Aufträgen führt die Konzern Revision eine risikoorientierte Prüfung der Aufbau- und Ablauforganisation und des ISKS aller Betriebs- und Geschäftsprozesse durch.

Risikokategorien

Versicherungstechnisches Risiko Das versicherungstechnische Risiko gibt das Risiko eines Verlusts an, das sich aus einer unangemessenen Preisfestlegung beziehungsweise aus nicht angemessenen Rückstellungsannahmen ergibt. Diese Verluste ergeben sich unter anderem aus Folgendem:

- Prämien-/Reserverisiko: Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der versicherten Ereignisse und in Bezug auf die Dauer und den Betrag der Schadenabwicklung
- Kumulrisiko: Wesentliche Ungewissheiten in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Bildung versicherungstechnischer Rückstellungen für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse
- Stornorisiko: Negative Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Storno- und Kündigungsraten von Versicherungspolice

Die Bewertung der genannten Risiken erfolgt anhand eines internen Modells. Mithilfe einer Simulation wird der Verlust prognostiziert, wie er nur alle 200 Jahre erwartet wird (200-Jahres-Ereignis). Ausgehend von den historischen Schäden werden für das Prämienbeziehungsweise Reserverisiko künftige Schäden beziehungsweise Reservierungsbedarfe abgeleitet. Analog werden für das Katastrophen- beziehungsweise Kumulrisiko Verluste simuliert, die aus Kumulschäden im Rechtsschutzgeschäft entstehen können. Die Berechnung des Stornorisikos erfolgt auf Basis historischer Storni. Das versicherungstechnische Risiko selbst ergibt sich aus der Aggregation der Einzelrisiken. Dabei werden Diversifikationseffekte berücksichtigt.

Die Stetigkeit des Versicherungsgeschäfts sowie die konstant ausreichende Dotierung der Schadenrückstellungen ist den nachfolgenden Angaben über die Schadenentwicklung des gesamten selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts für die letzten zehn Geschäftsjahre zu entnehmen.

Schadenentwicklung

Bilanzjahr	Schadenquote, brutto, gesamt		Abwicklungsergebnis
	GJ-Quote	bilanziell	in % der Eingangsrückst.
2019	57,1	53,0	3,3
2018	54,7	51,6	2,5
2017	57,1	53,4	2,8
2016	57,7	51,2	4,6
2015	61,0	52,5	5,6
2014	61,7	55,8	3,7
2013	63,8	58,6	3,3
2012	60,0	55,4	3,0
2011	68,3	56,1	3,9
2010	68,6	63,6	2,8

Gegenparteiausfallrisiko Das Gegenparteiausfallrisiko aus dem Versicherungsgeschäft bezieht sich im Wesentlichen auf Forderungen gegenüber Rückversicherern, Versicherungsnehmern beziehungsweise -vermittlern. Es gibt das Verlustrisiko wieder, das sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verringerung der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern während der nächsten zwölf Monate ergibt.

Die Bewertung des Gegenparteiausfallrisikos erfolgt mit dem internen Partialmodell.

Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Rückversicherern wird in Abhängigkeit von den verfügbaren Informationen und unter Proportionalitätsgesichtspunkten bewertet. Dabei werden explizit die individuellen Ratings der Rückversicherer verwendet.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen an Versicherungsnehmer und -vermittler werden bewertet. Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern, die seit über 90 Tagen fällig waren, bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 5.982,6 T€ (Vj. 5.323,9 T€). Die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Jahre für diese Forderungen liegt bei 20,5 Prozent (Vj. 24,4 Prozent).

Marktrisiko Das Marktrisiko gibt das Risiko eines Verlusts durch nachteilige Veränderungen der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente an. Das Risiko resultiert direkt oder indirekt aus folgenden Subrisiken:

- **Zinsrisiko:** Veränderungen in der Zinskurve oder Volatilität der Zinssätze. Beispielsweise würde ein angenommener Anstieg beziehungsweise Abfall des allgemeinen Zinsniveaus um 1 Prozent den Zeitwert der Rententitel näherungsweise um 79,7 Millionen € vermindern beziehungsweise erhöhen.
- **Aktienrisiko:** Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Aktien. Beispielsweise würde ein angenommener Rückgang des Aktienmarkts um 20 Prozent zu einem Zeitwertverlust von 41,7 Millionen € führen.
- **Immobilienrisiko:** Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Immobilien.

- Wechselkursrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Wechselkurse.
- Spreadrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Kreditspreads über der risikofreien Zinskurve.
- Migrations-/Ausfallrisiko: Veränderungen in der Höhe von Ratings oder prognostizierten Zahlungsausfällen.

Festverzinsliche Wertpapiere nach Ratingklasse

(Anteil in Prozent nach Marktwerten)

AAA	18,4
AA	15,1
A	30,0
BBB	31,6
BB	2,4
B	2,3
CCC	0,1
CC	0,0
C	0,0
D	0,0
NR	0,1

Die Aufteilung der Rentenpapiere (Marktwerte) stellt sich wie folgt dar: Von den festverzinslichen Wertpapieren – einschließlich der indirekt über Spezialfonds gehaltenen Wertpapiere – entfallen circa 33,0 Prozent auf Finanzdienstleistungsunternehmen, 29,2 Prozent auf öffentliche Anleihen und 37,8 Prozent auf Unternehmensanleihen.

Die Bewertung der genannten Risiken erfolgt mit einem internen Modell. Mithilfe eines ökonomischen Szenariogenerators werden Kapitalmarktszenarien simuliert, welche jeweils unter anderem Zinssätze, Aktienkurse, Immobilienpreise, Kreditspreads, Ratings beziehungsweise Zahlungsausfälle und Wechselkurse enthalten. Mit diesen Risikofaktoren werden die Marktwerte der Kapitalanlagen bestimmt, wie sie in einem Jahr auftreten könnten. Das Marktrisiko selbst ergibt sich aus dem 200-Jahres-Ereignis bei der simultanen Betrachtung aller Risikofaktoren sowie dem Konzentrationsrisiko. Dabei werden Diversifikationseffekte berücksichtigt.

Liquiditätsrisiko Das Liquiditätsrisiko gibt das Risiko wieder, dass Versicherungsunternehmen nicht in der Lage sind, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um ihren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Damit ist das Liquiditätsrisiko ein abgeleitetes Risiko, zum einen als Ausprägung des Kapitalanlagerisikos (Assets sind nicht liquide) und zum anderen als Ausprägung des versicherungstechnischen Risikos (fällige Versicherungsleistungen übersteigen die liquiden Mittel).

Die Bewertung des Liquiditätsrisikos erfolgt in der Form, dass die monatliche Liquiditätsüber- beziehungsweise -unterdeckung rollierend berechnet wird. Die Planung wird permanent aktualisiert, sodass frühzeitig erkennbar ist, ob ein Liquiditätsbedarf in den nächsten Monaten bestehen könnte.

Operationelles Risiko Das operationelle Risiko gibt das Risiko wieder, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen oder Systemen, dem Fehlverhalten von Mitarbeitern oder durch unerwartete externe Ereignisse ergibt, die den Geschäftsbetrieb stören oder gar verhindern. Das operationelle Risiko umfasst auch Rechtsrisiken. Reputationsrisiken sowie Risiken, die sich aus strategischen Entscheidungen ergeben, fallen hingegen nicht unter das operationelle Risiko.

Zur Ermittlung der Solvenzkapitalanforderung verwendet die Gesellschaft die Standardformel.

Die Bewertung für operative Zwecke erfolgt anhand der Schätzung von Brutto- und Nettowerten für jedes einzelne operationelle Risiko auf Basis der Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos und dessen Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung durch die verantwortlichen Mitarbeiter. Die Einschätzung der Auswirkung kann sowohl qualitativ als auch quantitativ vorgenommen werden. Anhand einer Risikomatrix ergibt sich eine Priorisierung der Risiken. Die subjektive Einschätzung kann durch eine Verlustereignisdatenbank plausibilisiert werden.

Für Risiken, die Auswirkungen auf das gesamte Unternehmen haben können, gibt es vorab definierte Notfallpläne. So wurde beispielsweise ein Notfallmanagement eingerichtet, durch welches im Fall eines Cyberangriffs spezielle Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Damit werden die Folgen eines Angriffs minimiert. Durch ein laufendes Monitoring der Umsetzung der jeweils angewandten Maßnahmen ist die dauerhafte Wirksamkeit der Risikominderung gewährleistet.

Gesamtbild der Risikolage

Die aufsichtsrechtliche Mindestkapitalanforderung nach den Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) ist vollumfänglich erfüllt. Zudem übersteigen die anrechnungsfähigen Eigenmittel die gemäß VAG berechneten Solvabilitätskapitalanforderungen deutlich. Weitere Angaben zur Risikosituation können dem separat aufgelegten Bericht über Solvabilität und Finanzlage (nicht Bestandteil des Lageberichts) entnommen werden.

Die Gesamtrisikosituation lässt derzeit keine Entwicklungen für das Jahr 2020 erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden beziehungsweise eine erhebliche Beeinträchtigung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage zur Folge haben könnten.

Jahresabschluss

Jahresabschluss	27
Jahresbilanz	28
Gewinn- und Verlustrechnung	32
<hr/>	
Anhang	36
I. Allgemeine Angaben	36
II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	36
III. Versicherungstechnische Angaben	46
IV. Nichtversicherungstechnische Angaben	48
V. Nachtragsbericht	54
VI. Sonstige Angaben	54
VII. Organe der Gesellschaft	57
VIII. Ergebnisverwendungsvorschlag	60
<hr/>	
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	61
<hr/>	
Bericht des Aufsichtsrats	69
<hr/>	
Weitere Informationen	75
<hr/>	

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva

(in Euro)

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

B. Kapitalanlagen

I.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
II.	Kapital in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen
2.	Ausleihungen an verbundene Unternehmen
3.	Beteiligungen
III.	Sonstige Kapitalanlagen
1.	Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere
2.	Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere
3.	Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen davon an verbundene Unternehmen: 3.075.000,00 € (Vj. 3.375.000,00 €)
4.	Sonstige Ausleihungen
a)	Namensschuldverschreibungen
b)	Schuldscheinforderungen und Darlehen
c)	Übrige Ausleihungen
5.	Einlagen bei Kreditinstituten
6.	Andere Kapitalanlagen
IV.	Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft

C. Forderungen

I.	Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft
1.	an Versicherungsnehmer
2.	an Versicherungsvermittler davon an verbundene Unternehmen: 46.686,61 € (Vj. 1.572,00 €)
II.	Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft davon an verbundene Unternehmen: 0,00 € (Vj. 334.242,00 €)
III.	Sonstige Forderungen davon an verbundene Unternehmen: 13.568.544,24 € (Vj. 13.059.979,09 €) davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 102.073,93 € (Vj. 51.121,29 €)

D. Sonstige Vermögensgegenstände

I.	Sachanlagen und Vorräte
II.	Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand
III.	Andere Vermögensgegenstände

E. Rechnungsabgrenzungsposten

I.	Abgegrenzte Zinsen und Mieten
II.	Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Summe der Aktiva

				2019	2018
				5.073.017,64	6.514.494,40
			85.942.205,88		91.234.255,89
		293.731.287,38			291.891.169,32
		1.040.000,00			1.300.000,00
		16.887.568,37			16.887.569,37
			311.658.855,75		310.078.738,69
		663.986.858,73			606.304.170,24
		509.327.025,17			428.501.929,71
		3.075.001,00			8.879.927,98
	130.511.291,88				140.511.291,88
	235.982.694,53				266.959.862,44
	97.454,62				107.882,07
		366.591.441,03			407.579.036,39
		27.468.966,00			27.168.966,00
		2.771.042,56			3.193.205,81
			1.573.220.334,49		1.481.627.236,13
			60.678.269,26		55.935.437,98
				2.031.499.665,38	1.938.875.668,69
		33.156.690,11			29.188.014,35
		21.989.323,64			19.367.773,98
			55.146.013,75		48.555.788,33
			50.331.809,50		44.875.306,28
			16.939.509,51		15.484.864,34
				122.417.332,76	108.915.958,95
			14.002.491,04		13.544.071,77
			85.166.883,15		91.639.035,00
			21.746.890,24		23.142.773,07
				120.916.264,43	128.325.879,84
			6.687.346,46		7.067.767,98
			5.545.658,98		2.660.545,05
				12.233.005,44	9.728.313,03
				2.292.139.285,65	2.192.360.314,91

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2019

Passiva

(in Euro)

A. Eigenkapital

- I. Gezeichnetes Kapital
- II. Kapitalrücklage
- III. Gewinnrücklagen
 - 1. Gesetzliche Rücklage
 - 2. Andere Gewinnrücklagen

- IV. Gewinnvortrag
- V. Jahresüberschuss

B. Nachrangige Verbindlichkeiten

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

- I. Beitragsüberträge
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft
- II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft
- III. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen
- IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

D. Andere Rückstellungen

- I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
- II. Steuerrückstellungen
- III. Sonstige Rückstellungen

E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

F. Andere Verbindlichkeiten

- I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft
 - 1. gegenüber Versicherungsnehmern
 - 2. gegenüber Versicherungsvermittlern
 - davon an verbundene Unternehmen: 61.876,83 € (Vj. 39.822,96 €)
 - davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 46,22 € (Vj. 49,22 €)
- II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft
 - davon an verbundene Unternehmen: 0,00 € (Vj. 35.683,32 €)
- III. Sonstige Verbindlichkeiten
 - davon aus Steuern: 18.683.143,91 € (Vj. 16.366.385,21 €)
 - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 1.870.694,39 € (Vj. 1.727.098,29 €)
 - davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 14.842.499,17 € (Vj. 18.758.801,65 €)

G. Rechnungsabgrenzungsposten

H. Passive latente Steuern

Summe der Passiva

			2019	2018
		100.000.000,00		100.000.000,00
		81.772.569,19		81.772.569,19
	10.000.000,00			10.000.000,00
	239.200.000,00			227.600.000,00
		249.200.000,00		237.600.000,00
		29.712,02		32.184,31
		51.848.351,22		31.597.527,71
			482.850.632,43	451.002.281,21
			30.000.000,00	30.000.000,00
	199.774.897,34			199.032.061,52
	0,00			0,00
		199.774.897,34		199.032.061,52
	1.178.322.298,73			1.130.173.299,37
	738.856,84			567.514,47
		1.177.583.441,89		1.129.605.784,90
		34.178.606,00		23.120.448,00
		2.556.829,42		2.140.385,96
			1.414.093.774,65	1.353.898.680,38
		196.968.184,65		186.973.387,40
		11.785.876,54		12.809.895,22
		65.014.217,84		64.122.781,50
			273.768.279,03	263.906.064,12
			165.341,73	370.390,17
	15.162.359,55			14.084.742,77
	22.242.696,44			23.355.515,90
		37.405.055,99		37.440.258,67
		2.764.236,08		2.579.608,45
		46.199.657,72		48.683.984,08
			86.368.949,79	88.703.851,20
			418.374,58	496.868,45
			4.473.933,44	3.982.179,38
			2.292.139.285,65	2.192.360.314,91

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

(in Euro)

I. Versicherungstechnische Rechnung

1.	Verdiente Beiträge f. e. R.
a)	Gebuchte Bruttobeiträge
b)	Abgegebene Rückversicherungsbeiträge
c)	Veränderung der Bruttobeitragsüberträge
d)	Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen
2.	Sonstige versicherungstechnische Erträge f. e. R.
3.	Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.
a)	Zahlungen für Versicherungsfälle
aa)	Bruttobetrag
bb)	Anteil der Rückversicherer
b)	Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
aa)	Bruttobetrag
bb)	Anteil der Rückversicherer
4.	Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen
5.	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.
a)	Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb
b)	davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft
6.	Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen f. e. R.
7.	Zwischensumme
8.	Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen
9.	Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.

Übertrag

			2019	2018
	977.677.823,50			915.987.698,99
	- 705.335,32			- 634.680,81
		976.972.488,18		915.353.018,18
	- 390.185,24			1.277.739,47
	0,00			- 1.417.577,35
		- 390.185,24		- 139.837,88
			976.582.302,94	915.213.180,30
			1.891.049,35	1.703.613,41
	461.140.303,38			442.601.747,64
	- 235.677,86			- 887.624,02
		460.904.625,52		441.714.123,62
	- 46.343.496,87			- 28.158.165,15
	171.342,37			- 2.000.335,74
		- 46.172.154,50		- 30.158.500,89
			507.076.780,02	471.872.624,51
			- 496.836,42	- 1.450.385,96
		426.770.379,21		401.875.969,76
		0,00		0,00
			426.770.379,21	401.875.969,76
			0,00	0,00
			44.129.356,64	41.717.813,48
			- 11.058.158,00	- 6.247.400,50
			33.071.198,64	35.470.412,98
			33.071.198,64	35.470.412,98

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

(in Euro)

Übertrag:

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Erträge aus Kapitalanlagen
a) Erträge aus Beteiligungen
davon an verbundene Unternehmen: 23.037.193,95 € (Vj. 16.702.751,81 €)
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
davon an verbundene Unternehmen: 1.867.452,42 € (Vj. 2.183.189,73 €)
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten
und Bauten auf fremden Grundstücken
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
c) Erträge aus Zuschreibungen
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen
davon außerplanmäßige Abschreibungen: 13.075.035,53 € (Vj. 24.381.844,93 €)
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen
3. Sonstige Erträge
4. Sonstige Aufwendungen
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit
6. Außerordentliche Erträge
7. Außerordentliche Aufwendungen
8. Außerordentliches Ergebnis
9. Steuern von Einkommen und vom Ertrag
davon latente Steuern 491.754,06 € (Vj. 3.971.645,21 €)
10. Sonstige Steuern
11. Jahresüberschuss

				2019	2018
				33.071.198,64	35.470.412,98
		26.248.858,25			20.319.555,23
	6.297.930,21				6.568.522,57
	24.374.411,00				36.462.484,93
		30.672.341,21			43.031.007,50
		18.258.372,14			1.955.370,92
		14.339.980,74			2.571.073,89
		11.281.526,61			18.525.115,36
			100.801.078,95		86.402.122,90
		7.568.086,36			8.168.697,39
		13.983.592,61			25.287.809,02
		298.040,13			1.169.997,93
			21.849.719,10		34.626.504,34
				78.951.359,85	51.775.618,56
			103.564.016,17		99.911.487,93
			141.335.516,85		134.984.011,16
				-37.771.500,68	-35.072.523,23
				41.179.859,17	16.703.095,33
				74.251.057,81	52.173.508,31
			0,00		0,00
			0,00		0,00
				0,00	0,00
			21.229.444,67		20.066.486,82
			1.173.261,92		509.493,78
				22.402.706,59	20.575.980,60
				51.848.351,22	31.597.527,71

Anhang

I. Allgemeine Angaben

Die ARAG SE ist im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter der Nummer HRB 66846 eingetragen. Firmensitz ist ARAG Platz 1, 40472 Düsseldorf.

Die Gesellschaft hat den vorliegenden Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2019 nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Berücksichtigung der ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften und der ergänzenden Vorschriften für Versicherungsunternehmen, des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz [VAG]) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt. Für die Gliederung des Jahresabschlusses wurden die Formblätter 1 und 2 gemäß § 2 RechVersV verwendet.

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB. Deswegen und aufgrund der Verpflichtung nach § 341a Abs. 1 HGB wurden die Rechnungslegungsvorschriften für große Kapitalgesellschaften angewendet.

II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die sich aus den maßgeblichen Rechtsvorschriften ergebenden Bilanzierungsgrundsätze und Bewertungsvorschriften werden berücksichtigt.

Erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten in der Bilanz ausgewiesen und werden planmäßig entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Die Nutzungsdauer beträgt für erworbene Software drei Jahre, für Mietereinbauten fünf bis zehn Jahre und für einen Geschäfts- und Firmenwert sechs Jahre. Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände wurden nicht in der Bilanz angesetzt.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige, lineare Abschreibungen, bewertet worden. Die Nutzungsdauer von Gebäuden wird im Wesentlichen mit 40 Jahren eingeschätzt. Außerplanmäßige Abschreibungen wegen einer dauernden Wertminderung wurden im Geschäftsjahr im Umfang von 1.268.431,20 € (Vj. 4.521,00 €) vorgenommen. Zuschreibungen wegen des Wegfalls des Grunds für den niedrigeren Wertansatz sind im Geschäftsjahr nicht erfolgt. Der Buchwert der eigengenutzten Grundstücke (siehe hierzu auch Kapitel IV. „Nichtversicherungstechnische Angaben“) wird nach der überwiegenden tatsächlichen Nutzung für das jeweilige gesamte Grundstück angegeben.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten bewertet, teilweise gekürzt um Abschreibungen wegen des Eintretens einer dauerhaften Wertminderung. Im Geschäftsjahr waren deswegen Abschreibungen in Höhe von 11.251.114,42 € (Vj. 2.655.832,10 €) vorzunehmen. Wertaufholungen wegen des Wegfalls der Gründe für die vorangegangenen Wertminderungen erfolgten im Geschäftsjahr nicht (Vj. 1.877.900,00 €).

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit einem Anteilsbesitz von mindestens 20 Prozent, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu dienen, sind in der nachfolgenden Tabelle hinsichtlich des Eigenkapitals und des Ergebnisses angegeben:

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Name und Sitz der Gesellschaft	Beteiligungsanteil	Eigenkapital	Ergebnis
	(in Prozent)	(in Euro)	(in Euro)
1. Verbundene Unternehmen			
a) Versicherungsgesellschaften			
ARAG Allgemeine Versicherungs-AG, Düsseldorf	100,00	55.322.905,72	11.281.526,61
ARAG Krankenversicherungs-AG, München	94,00	79.252.897,92	13.100.000,00
b) Andere Gesellschaften – Kapitalgesellschaften			
ARAG International Holding GmbH, Düsseldorf	100,00	57.909.249,22	18.400.779,55
ARAG Liegenschaftsverwaltungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	100,00	359.140,90	- 16.598,78
ARAG Service Center GmbH, Düsseldorf	80,00	383.895,66	40.811,10
ARAG IT GmbH, Düsseldorf	100,00	8.601.846,45	72.752,91
CURA Versicherungsvermittlung GmbH, Düsseldorf	100,00	877.289,89	178.281,25
Solfin GmbH, Düsseldorf	75,10	519.858,69	286.760,12
ALIN 1 Verwaltungs-GmbH, Düsseldorf	100,00	28.167,65	1.572,37
Justix GmbH, Köln	100,00	1.793.615,18	- 1.375.882,67
ARAG Plc., Bristol	100,00	12.924.065,22	398.488,78
ARAG – France S.A.R.L. Assistance et Reglement de Sinistres Automobiles et Generaux, Versailles	100,00	18.988,00	0,00
ARAG Legal Services B.V., Leusden	100,00	337.808,34	111.883,02
ARAG Scandinavia AS, Oslo	100,00	29.429.642,61	22.199,57
MIA Multiline Insurance Agency s. r. l., Verona	100,00	400.359,46	- 255.658,94
ARAG Services Australia Pty Ltd., Sydney	100,00	920.682,18	- 784.069,46
Agencia de Seguros ARAG SA, Barcelona	100,00	296.068,36	126.613,79
ARAG Services Spain & Portugal S.L., Barcelona	100,00	622.811,99	85.432,58
c) Andere Gesellschaften – Personengesellschaften			
ARAG Liegenschaftsverwaltungs- und Beratungs-GmbH & Co. Immobilien KG, Düsseldorf	50,00	4.888.399,44	160.904,66
ALIN 1 GmbH & Co. KG, Düsseldorf	100,00	40.621.162,19	309.813,99
2. Assoziierte Unternehmen			
AXA ARAG Rechtsschutz AG, Zürich ¹⁾	29,17	35.639.876,12	10.672.445,13

¹⁾ Zahlen aus dem letzten vorliegenden Abschluss zum 31.12.2018

Die Bewertung der **Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie der Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere**, die nicht zur dauernden Verwendung wie Anlagevermögen bestimmt wurden, erfolgt mit den Anschaffungskosten beziehungsweise dem niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag. Im Geschäftsjahr waren Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip auf Aktien und Investmentanteile im Umfang von 0,00 € (Vj. 329.806,10 €) und in Höhe von 533.889,91 € (Vj. 2.298.265,56 €) auf Anleihen vorzunehmen. Abschreibungen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurden auf Investmentanteile im Umfang von 0,00 € (Vj. 19.093.420,17 €) durchgeführt. Wertaufholungen wurden im Geschäftsjahr auf Aktien in Höhe von 4.547,73 € (Vj. 0,00 €) und auf Investmentanteile im Umfang von 15.609.728,01 € (Vj. 0,00 €) sowie in Höhe von 2.644.096,40 € (Vj. 77.470,92 €) auf Anleihen realisiert. Zum Bilanzstichtag bestanden keine unsaldierte stillen Lasten (Vj. 13.826.804,68 €) wegen der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips.

Von der Möglichkeit der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurde für solche Spezial-Investmentfondsanteile und Inhaberschuldverschreibungen Gebrauch gemacht, die durch den Vorstand zur dauernden Nutzung im Betriebsvermögen des Versicherungsunternehmens bestimmt wurden. Sämtliche Spezialfonds sowie ein Teil der Inhaberschuldverschreibungen sind bei der ARAG SE der dauernden Vermögensanlage gewidmet und werden wie Anlagevermögen behandelt.

Bei der Folgebewertung der dem Anlagevermögen zugeordneten Investmentanteile wird der im Rahmen einer Fondsdurchschau ermittelte nachhaltige Wert zugrunde gelegt. Zum 31. Dezember 2019 wurde der Börsenkurswert als nachhaltiger Wert angenommen. Im Vorjahr wurde der nachhaltige Wert für die Bewertung der Aktien innerhalb der Spezialfonds auf der Grundlage der langjährigen Entwicklung des Kurs-Gewinn-Verhältnisses der Benchmarks Stoxx Europe Large 200 und MSCI Emerging Markets eingeschätzt. Rententitel innerhalb der Fonds wurden mit dem Marktwert bewertet. Alle Positionen innerhalb der Fonds mit einem Rating von mindestens BBB – wurden mindestens zum Nominalwert angesetzt. Die Bewertung der wie Anlagevermögen behandelten Inhaberschuldverschreibungen erfolgte analog.

Wie bereits in den Vorjahren wurden die Zugänge bei Investmentfondsanteilen, nicht aber bei Inhaberschuldverschreibungen, den wie Anlagevermögen behandelten Kapitalanlagen zugeordnet.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen werden mit den Anschaffungskosten bilanziert, soweit nicht dauerhafte Wertminderungen vorliegen. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert waren im Geschäftsjahr und im Vorjahr nicht erforderlich. Bei den im Direktbestand der Namensschuldverschreibungen und der Schuldscheinforderungen und Darlehen befindlichen strukturierten Produkten handelt es sich gemäß Verlautbarung IDW RS HFA 22 des Instituts der Wirtschaftsprüfer um einfach strukturierte Produkte, die entsprechend einfach bilanziert werden.

Namensschuldverschreibungen sind mit dem Nennwert beziehungsweise dem Rückforderungsbetrag bilanziert. Zero-Namensschuldverschreibungen werden, sofern vorhanden, mit dem Nennwert angesetzt. Disagioträge werden durch passive Rechnungsabgrenzung linear verteilt. Agioträge werden aktiviert und planmäßig linear über die Laufzeit aufgelöst.

Die **Einlagen bei Kreditinstituten** sind mit den Nominalbeträgen angesetzt. Eine Saldierung von Zugängen und Abgängen bei den Einlagen bei Kreditinstituten wurden nur insoweit durchgeführt, als die Guthaben von derselben Geschäftseinheit unterhalten werden.

Bei den **anderen Kapitalanlagen** sind Anteile an Infrastrukturfonds und Private-Equity-Fonds ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten. Der beizulegende Wert am Abschlussstichtag wird auf der Grundlage der von den Fondsverwaltungsgesellschaften gemeldeten Net Asset Values (NAV) überprüft. Abschreibungen aufgrund einer voraussichtlichen dauernden Wertminderung waren im Geschäftsjahr wie auch im Vorjahr nicht erforderlich. Zuschreibungen wegen des Wegfalls des Grunds für den niedrigeren Wertansatz sind im Geschäftsjahr wie auch im Vorjahr nicht erfolgt.

Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft werden mit dem Nennwert der an Vorversicherer geleisteten Sicherungsbeträge bilanziert. Die Restlaufzeit beträgt weniger als ein Jahr, da die Verträge jährlich erneuert werden.

Die Kapitalanlagen sind den Geschäftseinheiten (Hauptverwaltung und Niederlassungen) individuell zugeordnet. Die Zuordnung ist durch die Erfassung im jeweiligen Buchwerk der Geschäftseinheit dokumentiert. Entsprechend der Zuordnung werden auch die Erträge aus den Kapitalanlagen der jeweiligen Geschäftseinheit zugeordnet. Im jährlichen Rhythmus wird die Zuordnung auf der Grundlage der modifizierten Kapitalaufteilungsmethode der deutschen Finanzverwaltung, die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) anerkannt wird, überprüft und gegebenenfalls über Ausgleichszahlungen angepasst.

Die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** sind grundsätzlich zum Nennwert bilanziert. Alle Forderungen werden innerhalb von spätestens 14 Tagen nach Rechnungsstellung zur Zahlung fällig. Von den **Forderungen an Versicherungsnehmer** wird eine Pauschalwertberichtigung für das latente Ausfallrisiko abgesetzt, nachdem die Forderungen, die einen vordefinierten Fälligkeitszeitraum überschritten haben, einzelwertberichtigt wurden. Forderungen an Versicherungsnehmer, die sich im Mahnverfahren befinden, wurden mit der durchschnittlichen Realisationsquote bewertet. Die **Forderungen an Versicherungsvermittler** werden durch Einzelwertberichtigungen und eine Pauschalwertberichtigung in Höhe der mutmaßlichen Ausfälle vermindert. Die Laufzeit der Forderungen beträgt weniger als ein Jahr.

Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft bestehen aus dem übernommenen und aus dem abgegebenen Geschäft. Der Saldo von 50.331.809,50 € ergibt sich im Wesentlichen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft der Hauptverwaltung in Deutschland sowie der Niederlassungen in Spanien, Italien und den Niederlanden. Die Bilanzierung erfolgte in Höhe der noch offenen Abrechnungssalden und entfällt auf die folgenden Erst- beziehungsweise Rückversicherungsgesellschaften:

Versicherungsgesellschaften

(Saldo in Tausend Euro)

	2019	2018
UNIPOL Assicurazioni, Italien, Rating BBB-	23.586,9	22.306,2
ABN-AMRO Verzekeren, Niederlande, Rating A+	4.549,1	5.029,6
REALE, Spanien, Rating A-	3.404,3	3.169,3
ITALIANA (Reale Mutua Group), Italien, Rating A-	596,4	669,3
Noordhollandsche van 1816, Niederlande, kein Rating	3.713,0	3.468,0
PLUSULTRA, Spanien, kein Rating	0,00	1.426,5
GROUPAMA, Italien, Rating BBB+	264,6	1.087,6
ARCA (Unipol Group), Italien, Rating BBB-	209,3	0,0
Cattolica, Italien, Rating BBB	718,4	792,2
Intesa San Paolo, Italien, Rating BBB+	5.605,8	1.708,0
Helvetia, Italien, Rating A	479,2	696,0
BRIT Syndicate 2987 at Lloyd's, England, Rating AA-	1.074,5	609,7
Übrige Abrechnungssalden	6.130,3	3.912,9
	50.331,8	44.875,3

In den **sonstigen Forderungen** sind im Wesentlichen Abrechnungssalden aus konzerninternen Dienstleistungen und Posten aus der Abwicklung von Mietverhältnissen, der Regressbearbeitung, der Zahlungseingangsverarbeitung, debitorische Kreditoren und gewährte Vorschüsse an Mitarbeiter enthalten. Alle Posten haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr. Sie wurden mit dem Nennwert bewertet.

Die **Sachanlagen** werden zu Anschaffungskosten aktiviert und linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer (Büromöbel 13 Jahre, Ausstattung für Geschäftsstellen zehn Jahre, Monitore und Personalcomputer drei Jahre) abgeschrieben. In den Sachanlagen enthaltene Kunstgegenstände unterliegen keiner planmäßigen Abschreibung. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden sofort im Zeitpunkt ihrer Anschaffung als Aufwand verrechnet.

Der Bestand an **Vorräten** wurde durch körperliche Aufnahme ermittelt. Die Bewertung erfolgt zu den Anschaffungskosten, die um angemessene Abschläge zur Berücksichtigung von Lager Risiken und Marktgängigkeit vermindert wurden.

Der Bestand an **Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand** ist zu Anschaffungskosten bewertet. Diese entsprechen dem Nennwert. Bankbestände, die auf fremde Währung lauten, wurden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag unter Außerachtlassung des Anschaffungskosten- und des Realisationsprinzips umgerechnet. Die Bestände werden durch Bankauszüge und Kassenprotokolle nachgewiesen. Erteilte Zahlungsaufträge, die zum Bilanzstichtag noch nicht ausgeführt waren, sind von den Beständen für den Bilanzausweis im Umfang von 468,0 T€ (Vj. 4.248,5 T€) abgezogen worden.

Die **anderen Vermögensgegenstände** sind mit den Nennwerten, die den Anschaffungskosten entsprechen, bilanziert. Es handelt sich im Wesentlichen um Steuererstattungsansprüche. Außer beim Betrag von 5.224,6 T€ (Vj. 4.570,2 T€) liegen die Restlaufzeiten unter einem Jahr.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten überwiegend abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsansprüche für den Ertragszeitraum vor dem Bilanzstichtag. Enthalten sind im Vorjahr auch Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen im Umfang von 12.422,99 €.

Soweit zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen Differenzen auftreten, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, entstehen darauf **latente Steuern** zu den unternehmensindividuellen Steuersätzen, die in den Ländern des Sitzes der Unternehmenseinheiten gelten. Zu berücksichtigen sind hierbei auch solche Differenzen, deren Umkehrzeitpunkt noch nicht exakt feststeht oder von einer Disposition des Unternehmens abhängig ist oder erst im Zeitpunkt der Liquidation eintreten würden. Die aus den Umkehreffekten zu erwartenden aktiven und passiven latenten Steuern werden miteinander saldiert. Ein Ausweis in der Bilanz erfolgt nur, wenn der Saldo passivisch ist. Aktive latente Steuersalden werden nicht angesetzt.

Das **gezeichnete Kapital** ist durch die Aktionäre in voller Höhe eingezahlt. Die **Kapitalrücklage** enthält Beträge, die Aktionäre in das Eigenkapital der Gesellschaft ohne die Gewährung von Vorzügen nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB eingezahlt hatten. Die gesetzliche Rücklage ist gemäß § 150 Abs. 2 Aktiengesetz (AktG) vollständig dotiert.

Nachrangige Verbindlichkeiten wurden zur Verbesserung der Eigenmittel bei der Konzernsolvabilität im Wege des „Private Placements“ emittiert. Die Namensschuldverschreibung über 30.000,0 T€ hat eine feste Laufzeit von zehn Jahren und wird am 29. Juli 2024 zurückgezahlt werden. Die nachrangige Namensschuldverschreibung wurde mit dem Erfüllungsbetrag passiviert. Die Papiere waren und sind nicht an einem organisierten Markt im Sinne von § 2 Abs. 5 des Wertpapierhandelsgesetzes im Inland handelbar.

Die **Bruttobeitragsüberträge** für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden, ausgehend von den gebuchten Beiträgen und Stornierungen ohne die darin enthaltenen Ratenzuschläge, pro rata temporis auf der Basis eines jeden einzelnen Vertrags berechnet. Die rechnerischen Überträge werden um die Einnahmesteile, die zur Deckung der Abschlusskosten vorgesehen sind, gekürzt. Als nicht übertragsfähige Einnahmesteile werden danach entweder individuell bestimmte Anteile (Niederlassungen) oder pauschal 85,0 Prozent (Konzernzentrale) der Provisionen und sonstigen Bezüge der Vertreter angesetzt. Die Bruttobeitragsüberträge für das übernommene Versicherungsgeschäft werden nach den Vorgaben der Erstversicherer bilanziert. Die Anteile der Rückversicherer an den Beitragsüberträgen wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wurde getrennt nach Ereignisjahren für im jeweiligen Geschäftsjahr gemeldete sowie für bis zum Bilanzstichtag eingetretene, aber noch nicht gemeldete Schäden gebildet. Außerdem wurde eine Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen angesetzt. Die Bewertung wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung unter Berücksichtigung der dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen vorgenommen. Dabei wurden die Wertverhältnisse am Abschlussstichtag zugrunde gelegt. Eine Abzinsung erfolgte nicht. Die Ergebnisse der Gruppen- und Einzelbewertungen wurden durch versicherungsmathematische Verfahren auf Portfoliobasis überprüft und erforderlichenfalls adjustiert (erhöht).

Das Abwicklungsergebnis im selbst abgeschlossenen Geschäft aller Versicherungszweige beträgt im Berichtsjahr 3,3 Prozent (Vj. 2,5 Prozent) der Eingangsreserve.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle des übernommenen Rückversicherungsgeschäfts wurde nach den Aufgaben der Erstversicherer bilanziert (Hauptverwaltung). Im übernommenen Geschäft aus dem Vereinigten Königreich wurde die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle auf der Grundlage von Erfahrungswerten und Statistiken der konzerneigenen Schadenregulierungsgesellschaft vor Ort berechnet. Bei dem übernommenen Geschäft, das wie selbst abgeschlossenes Geschäft (Niederlassungen) behandelt wird, weil die Schadenregulierung durch den Rückversicherer erfolgt, wurde die Rückstellung nach den gleichen Grundsätzen, die auch für das selbst abgeschlossene Geschäft angewendet werden, gebildet. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft wurden entsprechend den Regelungen in den Rückversicherungsverträgen errechnet. Währungsbedingte Anpassungen der Schadenreserven erfolgten auf der Grundlage der Quartalsendkurse im Berichtsjahr. Die daraus resultierenden Kursdifferenzen sind im sonstigen Ergebnis enthalten.

Die **Schwankungsrückstellung** für das selbst abgeschlossene und das übernommene Versicherungsgeschäft wird nach § 341 h HGB in Verbindung mit § 29 RechVersV angesetzt und bewertet. Die Berechnung erfolgt getrennt für das selbst abgeschlossene Geschäft und für das in Rückdeckung übernommene Geschäft jeweils nach Versicherungszweigen. Die Aufteilung der errechneten Schwankungsrückstellung auf die Konzernzentrale und die Niederlassungen erfolgt für die jährlichen Anpassungsbeträge nach verdienten Bruttobeiträgen in dem jeweiligen Versicherungszweig.

Die unter den **sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen** ausgewiesene **Stornorückstellung** wegen Fortfalls oder Verminderung des technischen Risikos wurde in Höhe des voraussichtlichen Bedarfs ermittelt. Zur Abdeckung des Risikos der Gewährung von Gewinnbeteiligungen durch Erstversicherer im Vereinigten Königreich, mit denen Quoten-Rückversicherungsverträge bestehen, an Coverholder und Agenten, die über eine Nettoprämienvereinbarung das Ergebnis der Rückversicherung betreffen, wurde eine **Rückstellung für erfolgsunwirksame Beitragsrückerstattung** gebildet. In dieser Rückstellung sind Beträge für die Gewinnbeteiligung Dritter enthalten, die zum Bilanzstichtag wegen des mehrjährigen Beobachtungszeitraums noch nicht feststehen. Die Bewertung erfolgt mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung bemessenen Erfüllungsbetrag. Die **Anteile der Rückversicherer** an den versicherungstechnischen Rückstellungen werden entsprechend den jeweils geltenden Quoten-, Fakultativ- und Schadenexzedentenverträgen ermittelt.

Die Berechnung der **Pensionsrückstellungen** erfolgt nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method [PUC-Methode]) in Verbindung mit § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB auf der Grundlage der Richttafel 2018G von Prof. Dr. Klaus Heubeck beziehungsweise den Angestelltentafeln AVÖ 2018-P für Österreich. Neben den aktuellen Gegebenheiten wurden auch künftige Entwicklungen hinsichtlich Gehälter, Renten und Fluktuation berücksichtigt. Die Abzinsung erfolgte mit dem von der Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten zehn Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren. Für die Bewertung wurde ein Zinssatz in Höhe von 2,71 Prozent (Vj. 3,21 Prozent) berücksichtigt. Zum 31. Dezember 2019 verursachte der Unterschied der Anwendung des Zehn-Jahres-Durchschnitts zur Anwendung des Sieben-Jahres-Durchschnitts (1,97 Prozent,

Vj. 2,32 Prozent) eine um 21.312.131,00 € (Vj. 24.116.312,00 €) geringere Pensionsrückstellung. Der Unterschiedsbetrag ist nicht zur Ausschüttung gesperrt, sofern die nach Ausschüttung verbleibenden frei verfügbaren Rücklagen mindestens dem Unterschiedsbetrag entsprechen, was zum Bilanzstichtag der Fall ist.

Folgende versicherungsmathematischen Parameter wurden für die Ermittlung der Verpflichtungen verwendet: Pensionsalter: frühestmögliches Alter gemäß Rentenversicherungs-Altersgrenzenanpassungsgesetz (RVAGAnpG), Gehaltsdynamik: 2,50 Prozent, Rentendynamik: 1,75 Prozent, für Spanien: 2,50 Prozent. Die berücksichtigte Fluktuation entspricht dem allgemein beobachtbaren altersabhängigen Durchschnitt der Branche und beeinflusst den Erfüllungsbetrag nur geringfügig.

Die Aktivwertansprüche aus der Rückdeckungsversicherung wurden mit der Verpflichtung aus den Pensionszusagen verrechnet. Der beizulegende Zeitwert der Aktivwertansprüche entspricht dem Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden in Höhe von 920.997,00 €. Zusätzlich wurden zur Bedeckung der Altersversorgungsverpflichtung Wertpapiere nach § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB zum Zeitwert von 2.652.792,00 € mit dem Barwert der Verpflichtung verrechnet. Durch den Ansatz mit dem Zeitwert ist ein ausschüttungsgesperrter Betrag gemäß § 268 Abs. 8 Satz 3 HGB in Höhe von 235.072,00 € entstanden. Dieser Betrag wirkt sich wegen der frei verfügbaren Rücklagen tatsächlich nicht auf die ausschüttbare Dividende aus. Das Wahlrecht gemäß Artikel 28 Abs. 1 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) zur Unterlassung der Bildung von Pensionsrückstellungen für Altzusagen ist nicht in Anspruch genommen worden. Unterdeckungen bei Pensionsfonds, die Altersversorgungszusagen für Mitarbeiter gewähren, sind durch die lang andauernde Niedrigzinsphase im Umfang von 765.908,75 € (Vj. 263.785,73 €) entstanden. Diese wurden nach aktuariellen Grundsätzen ermittelt und als Pensionsverpflichtung ausgewiesen.

Die **Steuerrückstellungen** sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartenden Erfüllungsbetrags angesetzt worden.

Die **sonstigen Rückstellungen** werden generell in Höhe des Betrags angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Erfüllung der Verpflichtung notwendig ist. Die Restlaufzeit beträgt im Allgemeinen weniger als ein Jahr. Aus der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr entstanden Zinserträge in Höhe von 1.825,35 € (Vj. 34.399,06 €) und Zinsaufwendungen in Höhe von 8.310,90 € (Vj. 4.701,25 €).

Folgende wesentliche sonstige Rückstellungen unterliegen spezifischen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen:

Rückstellungen für Vorruhestandsverpflichtungen wurden für den Personenkreis gebildet, mit dem einzelvertragliche Vereinbarungen bestehen. Die Berechnung erfolgte nach versicherungsmathematischen Grundsätzen; die Beträge wurden auf den Bilanzstichtag mit einem Diskontsatz von 1,97 Prozent (Vj. 2,32 Prozent) abgezinst.

Im Geschäftsjahr wurde eine Rückstellung gemäß dem **Altersteilzeitabkommen** für das private Versicherungsgewerbe vom 11. Juni 1997 nach der Verlautbarung des Instituts der Wirtschaftsprüfer IDW RS HFA 3 vom 18. November 1998 unter Zugrundelegung eines laufzeitadäquaten Rechnungszinsfußes von 1,97 Prozent (Vj. 2,32 Prozent) gebildet. Dabei wurde bei Anwärtern, mit denen noch keine konkrete Vereinbarung getroffen wurde, die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme sowie die natürliche Fluktuation der Mitarbeiter

berücksichtigt. Die Insolvenzversicherung von Wertguthaben aus Arbeitszeitkontenmodellen der Arbeitnehmer nach dem Altersteilzeitgesetz (AltTZG) erfolgt über eine Höchstbetragsbürgschaft einer deutschen Geschäftsbank.

Für Jubiläumszahlungen aus Anlass von Dienstjubiläen der Mitarbeiter wurde im Berichtsjahr eine **Jubiläumsrückstellung** gebildet. Die Berechnung erfolgte nach der projizierten Einmalbeitragsmethode unter Beachtung der Sterblichkeit nach der Richttafel 2018G von Prof. Dr. Klaus Heubeck und der Verwendung eines Diskontsatzes (Sieben-Jahres-Durchschnitt) von 1,97 Prozent (Vj. 2,32 Prozent). Die Fluktuation wurde mit durchschnittlich 1,5 Prozent und die Gehaltsdynamik mit 2,5 Prozent berücksichtigt. Als Endalter wurde das frühestmögliche Pensionsalter gemäß RVAGAnpG gewählt.

Die **Depotverbindlichkeiten** sind mit dem Nennwert der erhaltenen Sicherheitsleistung bilanziert. Sie haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr, da zugrunde liegende Rückversicherungsverträge jährlich erneuert werden.

Die **anderen Verbindlichkeiten** sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Die Restlaufzeit beträgt im Allgemeinen weniger als ein Jahr.

Die **Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** und die **Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft** sind mit dem Nennwert bewertet. Alle Verbindlichkeiten, die nicht verzinslich sind, wurden mit dem Nennwert oder dem höheren Erfüllungsbetrag bewertet. Die **sonstigen Verbindlichkeiten** sind mit den Erfüllungsbeträgen bilanziert.

Bei den **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind im Wesentlichen noch nicht abgerechnete Nebenkostenvorauszahlungen aus vermieteten Immobilien enthalten. Disagio-beträge aus Namensschuldverschreibungen bestehen im Umfang von 8.711,66 € (Vj. 11.033,06 €). **Passive latente Steuern** resultieren aus Differenzen zwischen handelsrechtlichen Wertansätzen und den korrespondierenden steuerlichen Wertansätzen, die sich in späteren Jahren voraussichtlich abbauen, woraus sich insgesamt eine künftige Steuerbelastung ergibt. Diese werden in dem Umfang in der Bilanz ausgewiesen, in dem sich je Jurisdiktion ein Überhang eines passiven latenten Steuersaldos nach der Saldierung mit aktiven latenten Steuern ergibt. Aus der Berücksichtigung von passiven latenten Steuern entstand im Berichtsjahr ein Aufwand von 491.754,06 € (Vj. 3.971.645,21 €).

Währungsumrechnung

Die Anschaffungskosten der Kapitalanlagen in Fremdwährung sind mit dem Transaktionskurs zum Anschaffungszeitpunkt in Euro umgerechnet worden. Für die Ermittlung des Börsen- oder Marktpreises wird für ausländische Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag verwendet; alle anderen Vermögensanlagen werden mit dem Devisenkurs zum Auszahlungszeitpunkt oder dem niedrigeren Währungskurs am Bilanzstichtag bewertet. Die übrigen Aktiva und Passiva mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr werden mit dem Devisenkassamittelkurs unter Außerachtlassung des Anschaffungskosten- und des Realisationsprinzips zum Bilanzstichtag umgerechnet. Erträge und Aufwendungen werden mit dem Transaktionskurs zum Zeitpunkt des Zu- beziehungsweise Abflusses bewertet. Aus der Währungsumrechnung entstanden im Geschäftsjahr Erträge in Höhe von 1.247.854,65 € (Vj. 920.309,01 €) und Aufwendungen in Höhe von 2.947.252,06 € (Vj. 481.414,14 €). Diese werden im sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

Zeitwertangaben gemäß § 54 RechVersV

Zeitwerte der Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken Für die Zeitwertermittlung liegen intern und extern erstellte Wertgutachten vor. Diese entsprechen den Erfordernissen nach § 55 Abs. 3 RechVersV. Die Gutachten werden jährlich neu erstellt oder intern an die geänderten Rahmendaten angepasst. Die interne Anpassung wird entsprechend der Empfehlung des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) auf der Basis des „vereinfachten Ertragswertverfahrens“ mit den zum Stichtag ermittelten Marktwerten bewertet.

Zeitwerte für die Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen Grundsätzlich wurden die Anteile und Beteiligungen nach dem Ertragswertverfahren bewertet. Bei den Gesellschaften, die schwerpunktmäßig Dienstleistungen für den ARAG Konzern erbringen, sowie bei Zwischenholdinggesellschaften wurde der Zeitwert in Höhe des anteiligen Substanzwerts angegeben. Wegen des Erfordernisses der Beschleunigung der Jahresabschlussprozesse (Solvency II) wurden dafür teilweise Werte zum Ende des dritten Quartals verwendet. Für Beteiligungen und Anteile, die zeitnah erworben wurden, ist der Zeitwert mit dem Buchwert gleichgesetzt worden.

Zeitwerte der Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie der Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere Die Bewertung erfolgte entsprechend zu den bereits beschriebenen Bewertungsverfahren dieser Bilanzpositionen.

Zeitwerte der sonstigen Kapitalanlagen Die Zeitwerte der Bilanzpositionen B. III. 1., 2. und 3. entsprechen den Börsen- oder Marktwerten am Bilanzstichtag. Für die Ermittlung von Marktwerten bei nicht börsennotierten Papieren (Namensschuldverschreibungen, Schulscheindarlehen) wird als Kalkulationsgrundlage die Swapkurve herangezogen. Hier wird der der Laufzeit des zu bewertenden Papiers entsprechende Zinssatz auf der Swapkurve ermittelt. Etwaige Zu- und Abschläge („Spreads“) aufgrund der Ausgestaltung des jeweiligen Papiers (Laufzeit, Sicherheiten, Ratings etc.) werden entsprechend berücksichtigt.

Zeitwerte der anderen Kapitalanlagen Die Zeitwerte der Bilanzposition B. III. 6. sind aus dem von der Kapitalanlageverwaltungsgesellschaft mitgeteilten Net Asset Value für das dem Bilanzstichtag vorausgehende Quartal abgeleitet worden.

In der Aufstellung der Kapitalanlagen im Anhang unter IV. „Nichtversicherungstechnische Angaben“ sind die Zeitwerte nach Anlageklasse angegeben.

III. Versicherungstechnische Angaben

(in Tausend Euro)

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

	Rechts- schutz	Beistands- leistungs- versicherung	Sonstige (versch. finanz. Verluste)	Summe 2019	Summe 2018
Gebuchte Bruttobeiträge	692.218	48.170	8.886	749.274	708.707
Verdiente Bruttobeiträge	694.582	47.904	9.094	751.579	706.934
Verdiente Nettobeiträge	-	-	-	-	-
Aufwendungen für Versicherungsfälle	371.557	25.987	602	398.146	363.872
davon Zahlungen für Versicherungsfälle	341.809	24.087	1.271	367.167	346.079
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	293.208	21.428	4.968	319.604	311.036
davon Abschlussaufwendungen	93.393	18.664	640	112.697	109.903
davon Verwaltungsaufwendungen	199.815	2.763	4.328	206.907	201.133
Veränderung der Schwankungsrückstellung	0	-1.737	642	-1.095	-989
Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen und Erträge	1.746	0	0	1.746	1.592
Versicherungstechnisches Ergebnis	31.563	-1.249	4.166	34.481	32.628
Versicherungstechnische Rückstellungen:					
Beitragsüberträge	145.606	3.482	4.324	153.411	155.717
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	951.315	10.467	1.432	963.213	932.235
Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	0	8.881	3.263	12.144	11.049
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	947	0	0	947	802

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	2019	2018
(in Stück)		
National	1.610.872	1.542.004
International	2.895.278	2.755.924
Gesamt	4.506.150	4.297.928

Übernommenes Versicherungsgeschäft						Abgegebenes Versicherungsgeschäft		Gesamtes Versicherungsgeschäft	
	Rechts- schutz	Beistands- leistungs- versicherung	Sonstige (versch. finanz. Verluste)	Summe 2019	Summe 2018	2019	2018	2019	2018
	216.023	11.973	407	228.404	207.281	-	-	977.678	915.988
	213.430	11.790	489	225.708	210.332	-	-	977.288	917.265
	-	-	-	-	-	705	2.052	976.582	915.213
	97.719	11.569	50	109.338	106.888	407	-1.113	507.077	471.873
	82.144	11.794	35	93.973	96.523	236	888	460.905	441.714
	106.638	340	188	107.167	90.840	0	0	426.770	401.876
	519	252	3	773	860	-	-	-	-
	106.120	88	185	106.393	89.980	-	-	-	-
	-8.804	-1.442	284	-9.963	-5.259	0	0	-11.058	-6.247
	-352	0	0	-352	-1.338	0	0	1.394	253
	-84	-1.561	534	-1.111	6.007	298	3.165	33.071	35.470
	42.565	3.695	103	46.364	43.315	0	0	199.775	199.032
	213.497	1.518	95	215.109	197.939	739	568	1.177.583	1.129.606
	17.992	3.974	69	22.035	12.072	0	0	34.179	23.121
	1.610	0	0	1.610	1.338	0	0	2.557	2.140

Herkunft des Versicherungsgeschäfts nach gebuchten Bruttobeiträgen

Land/Herkunft	Selbst abgeschlossen Geschäft			In Rückdeckung übernommenes Geschäft			Gesamtes Geschäft
(in Tausend Euro)	Rechtsschutz	Beistands- leistungs- versicherung	Sonstige (versch. finanz. Verluste)	Rechtsschutz	Beistands- leistungs- versicherung	Sonstige (versch. finanz. Verluste)	
Deutschland	394.713	0	0	0	0	0	394.713
Spanien	58.637	47.483	4.428	25.647	11.973	133	148.302
Niederlande	103.974	0	0	59.484	0	0	163.459
Italien	31.692	0	4.458	105.383	0	274	141.806
Belgien	25.974	0	0	1.192	0	0	27.166
Österreich	69.552	0	0	0	0	0	69.552
Slowenien	2.627	0	0	0	0	0	2.627
Griechenland	4.411	0	0	136	0	0	4.547
Kanada	0	0	0	175	0	0	175
Großbritannien	0	0	0	24.000	0	0	24.000
Portugal	638	687	0	5	0	0	1.330
Gesamt	692.218	48.170	8.886	216.023	11.973	407	977.678

IV. Nichtversicherungstechnische Angaben

Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2019:

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis IV. vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

Kapitalanlageart	Stand 01.01.2019	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge
(in Euro)				
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	6.514.494,40	0,00	2.456.997,84	125.178,60
Summe	6.514.494,40	0,00	2.456.997,84	125.178,60
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	91.234.255,89	0,00	0,00	3.115.061,73
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	291.891.169,32	0,00	13.091.232,48	0,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.300.000,00	0,00	0,00	260.000,00
3. Beteiligungen	16.887.569,37	0,00	984.200,00	984.201,00
Summe Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	310.078.738,69	0,00	14.075.432,48	1.244.201,00
B. III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	606.304.170,24	0,00	138.958.529,06	96.890.116,31
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	428.501.929,71	0,00	110.248.228,00	31.511.739,03
3. Hypotheken, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	8.879.927,98	0,00	0,00	5.804.926,98
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	140.511.291,88	0,00	0,00	10.000.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	266.959.862,44	0,00	0,00	30.977.167,91
c) Übrige Ausleihungen	107.882,07	0,00	74.200,00	84.627,45
5. Einlagen bei Kreditinstituten	27.168.966,00	0,00	1.239.166,00	939.166,00
6. Andere Kapitalanlagen	3.193.205,81	0,00	5.040,00	427.203,25
Summe Sonstige Kapitalanlagen	1.481.627.236,13	0,00	250.525.163,06	176.634.946,93
B. IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	55.935.437,98	0,00	8.516.344,80	3.773.513,52
Summe Kapitalanlagen	1.938.875.668,69	0,00	273.116.940,34	184.767.723,18
Total inklusive immaterielle Vermögensgegenstände	1.945.390.163,09	0,00	275.573.938,18	184.892.901,78

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken mit einem Buchwert von 29.552.823,33 € (Vj. 30.669.996,61 €) werden für den eigenen Geschäftsbetrieb genutzt.

Zuschreibungen	Planmäßige Abschreibung	Außer- planmäßige Abschreibung	Stand 31.12.2019	Anschaffungs- kosten/ Nennwert	Verkehrswert am 31.12.2019	Stille Reserve
0,00	3.773.296,00	0,00	5.073.017,64	44.628.883,53	5.073.017,64	0,00
0,00	3.773.296,00	0,00	5.073.017,64	44.628.883,53	5.073.017,64	0,00
0,00	908.557,08	1.268.431,20	85.942.205,88	96.330.549,92	146.348.349,12	60.406.143,24
0,00	0,00	11.251.114,42	293.731.287,38	386.758.793,21	723.482.397,81	429.751.110,43
0,00	0,00	0,00	1.040.000,00	1.040.000,00	1.040.000,00	0,00
0,00	0,00	0,00	16.887.568,37	20.517.877,49	58.003.000,00	41.115.431,63
0,00	0,00	11.251.114,42	311.658.855,75	408.316.670,70	782.525.397,81	470.866.542,06
15.614.275,74	0,00	0,00	663.986.858,73	676.588.435,68	696.882.053,62	32.895.194,89
2.644.096,40	0,00	555.489,91	509.327.025,17	511.244.345,07	539.868.473,23	30.541.448,06
0,00	0,00	0,00	3.075.001,00	3.075.001,00	3.075.001,00	0,00
0,00	0,00	0,00	130.511.291,88	130.511.291,88	137.975.104,28	7.463.812,40
0,00	0,00	0,00	235.982.694,53	235.982.694,53	251.986.422,76	16.003.728,23
0,00	0,00	0,00	97.454,62	97.454,62	97.454,62	0,00
0,00	0,00	0,00	27.468.966,00	27.468.966,00	27.468.966,00	0,00
0,00	0,00	0,00	2.771.042,56	2.771.042,56	6.116.370,31	3.345.327,75
18.258.372,14	0,00	555.489,91	1.573.220.334,49	1.587.739.231,34	1.663.469.845,82	90.249.511,33
0,00	0,00	0,00	60.678.269,26	60.678.269,26	60.678.269,26	0,00
18.258.372,14	908.557,08	13.075.035,53	2.031.499.665,38	2.153.064.721,22	2.653.021.862,01	621.522.196,63
18.258.372,14	4.681.853,08	13.075.035,53	2.036.572.683,02	2.197.693.604,75	2.658.094.879,65	621.522.196,63

Daneben besteht eine Beteiligung an einer grundstücksverwaltenden Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), deren ausschließliche Aufgabe der Betrieb eines Verwaltungsgebäudes ist und die unter den Grundstücken und Bauten ausgewiesen wird. Die Beteiligung hat einen Buchwert von 35.065.947,69 € (Vj. 38.181.009,42 €). Das von der GbR verwaltete Grundstück (Konzernzentrale des ARAG Konzerns in Düsseldorf) wird zu 97,9 Prozent (Vj. 98,1 Prozent) für den eigenen Geschäftsbetrieb genutzt. Die anderen Anteile werden durch verbundene Unternehmen für deren Geschäftsbetrieb genutzt.

Angaben zu Kapitalanlagen

Im Kapitalanlagebestand sind folgende **Investmentvermögen** enthalten, die zu mehr als 10,0 Prozent durch die Gesellschaft gehalten werden:

Spezialfonds

Spezialfonds	Art des Fonds	Anlageziel	Buchwert 31. 12. 2019	Marktwert 31. 12. 2019	Differenz	Ausschüttung 2019	Rückgabe
			(in Euro)	(in Euro)	(in Euro)	(in Euro)	
ADRERENT	Rentenfonds	Ertragsmehrung	52.003.507,82	55.433.956,14	3.430.448,32	133.490,45	jederzeit
ATRI	Rentenfonds	Ertragsmehrung	157.240.678,87	157.240.678,87	0,00	496.431,73	jederzeit
ARRE	Rentenfonds	Ertragsmehrung	160.214.948,51	173.572.282,76	13.257.334,25	680.856,17	jederzeit
ARI 1	Rentenfonds	Ertragsmehrung	58.294.664,39	58.294.664,39	0,00	2.659.665,47	jederzeit
ARI 2	Rentenfonds	Ertragsmehrung	38.999.629,07	39.139.762,47	130.133,40	1.622.028,69	jederzeit
AAF	Aktienfonds	Ertragsmehrung	104.053.492,73	112.653.253,43	8.599.760,70	989.680,70	jederzeit
EMA	Aktienfonds	Ertragsmehrung	28.984.048,41	30.656.600,84	1.672.552,43	977.419,08	jederzeit
SIVE Fonds							
INKA	Aktienfonds	Ertragsmehrung	60.805.264,67	66.445.439,32	5.640.174,65	1.054.124,07	jederzeit
			660.596.234,47	693.426.638,22	32.830.403,75	8.613.696,36	

Die Anlageziele der börsentäglich handelbaren Fonds orientieren sich an den jeweiligen Vergleichsvorgaben (Benchmark), die aus der strategischen Kapitalanlagestruktur abgeleitet sind.

Von der Möglichkeit der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurde für solche Spezialfonds Gebrauch gemacht, die durch den Vorstand zur dauernden Nutzung im Betriebsvermögen des Versicherungsunternehmens bestimmt wurden. Zum 31. Dezember 2019 waren Anteile an Investmentvermögen (Spezialfonds) mit einem Buchwert von 625.984.116,14 € dem Kapitalanlagebestand, der wie Anlagevermögen behandelt wird, zugeordnet. Der Zeitwert der Investmentanteile, die der dauernden Vermögensanlage gewidmet sind, betrug zum Bilanzstichtag 656.468.644,06 €.

Bei den Inhaberschuldverschreibungen wurde ebenfalls von der Möglichkeit der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip für die Anteile Gebrauch gemacht, die durch den Vorstand zur dauernden Nutzung im Betriebsvermögen des Versicherungsunternehmens bestimmt wurden. Zum Ende des Geschäftsjahres 2019 waren dem Kapitalanlagebestand, der wie Anlagevermögen behandelt wird, Wertpapiere mit einem Buchwert von 59.908.228,55 € zugeordnet. Der Zeitwert dieser Inhaberschuldverschreibungen betrug zum Bilanzstichtag 62.212.062,55 €.

Die **anderen Vermögensgegenstände** setzen sich wie folgt zusammen:

Andere Vermögensgegenstände

(in Euro)	2019	2018
Erstattungsanspruch für Ertragsteuern aus laufenden Steuerveranlagungen und wegen Feststellungen der Betriebsprüfung	16.564.746,14	19.488.374,54
Noch nicht fällige Zinsansprüche auf Steuererstattungen	239.567,00	382.948,00
Erstattungsanspruch italienischer Versicherungsteuer	4.777.148,29	3.144.134,35
Übrige Posten	165.428,81	127.316,18
Summe	21.746.890,24	23.142.773,07

Bilanzierte latente Steuern

Die Berechnung erfolgte mit dem aktuellen Ertragsteuersatz des Lands, das das Besteuerungsrecht für die entsprechende Bemessungsgrundlage nach dem einschlägigen Doppelbesteuerungsabkommen im Zeitpunkt der Umkehr haben wird. Für Zwecke der Bilanzierung wurden die Effekte aus der Umkehr der Unterschiede zwischen der Handelsbilanz und der Steuerbilanz hinsichtlich ihrer Auswirkung auf die Steuerbemessungsgrundlage überprüft. Aktive latente Steuern wurden mit den passiven latenten Steuern saldiert. Der bilanzierte Betrag des Passivüberhangs der latenten Steuern von 4.473,9 T€ (Vj. 3.982,2 T€) resultiert aus einem Passivüberhang aus Österreich (steuerliche Schwankungsrückstellung), Spanien (Grundstücke und Gebäude) und den Niederlanden (steuerliche Schwankungsrückstellung).

Eigenkapital

(in Euro)

2019

Gesamt		482.850.632,43
I. Gezeichnetes Kapital		
Das Grundkapital beträgt		100.000.000,00
Das Grundkapital ist eingeteilt in 62.500 Stückaktien, die auf den Namen lauten. Alle Aktien sind voll eingezahlt. Der AFI Verwaltungs-Gesellschaft mbH, Düsseldorf, und der ARAG Holding SE, Düsseldorf, gehören jeweils mehr als der 4. Teil der Aktien der Gesellschaft. Der ARAG Holding SE gehört mittelbar die Mehrheit des Aktienkapitals der Gesellschaft.		
II. Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB		
Vortrag zum 01.01.2019	81.772.569,19	
Veränderungen im Geschäftsjahr	0,00	
Stand am 31.12.2019		81.772.569,19
III. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage		
Vortrag zum 01.01.2019	10.000.000,00	
Einstellungen aus dem Ergebnis	0,00	
Stand am 31.12.2019		10.000.000,00
Die Rücklage ist gemäß § 150 Abs. 2 AktG vollständig dotiert.		
2. Andere Gewinnrücklagen		
Vortrag zum 01.01.2019	227.600.000,00	
Einstellungen der Hauptversammlung	11.600.000,00	
Einstellungen aus dem Ergebnis	0,00	
Stand am 31.12.2019		239.200.000,00
		249.200.000,00
IV. Bilanzgewinn		
Bilanzgewinn am 31.12.2018		31.629.712,02
Gewinnverwendung: Dividendenausschüttung		- 20.000.000,00
Gewinnverwendung: Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		- 11.600.000,00
Jahresüberschuss 2019		51.848.351,22
Einstellungen in die gesetzliche Rücklage (§ 150 Abs. 2 AktG)		0,00
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		0,00
Bilanzgewinn am 31.12.2019		51.878.063,24

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Position berücksichtigt seit dem Jahr 2010 auch die Verrechnung von Anwartschaftsansprüchen aus der Rückdeckungsversicherung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB. Der Posten zum 31. Dezember 2019 ermittelt sich daher wie folgt:

Pensionsverpflichtungen

(in Euro)	2019	2018
Erfüllungsbetrag der erdienten Ansprüche	200.541.973,65	190.559.965,40
davon mit Aktivwertansprüchen verrechenbar	- 920.997,00	- 952.238,00
davon mit Wertpapieren verrechenbar	- 2.652.792,00	- 2.634.340,00
Verbleiben	196.968.184,65	186.973.387,40

Aufgrund der Niedrigzinsphase ist eine Vermögensunterdeckung bei einem Pensionsfonds entstanden, auf den Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern ausgelagert wurden. In Höhe der Unterdeckung haftet der Arbeitgeber gegenüber den versorgungsberechtigten Arbeitnehmern im Auszahlungsfall. Der Betrag der Unterdeckung beläuft sich auf 765.908,75 € (Vj. 263.785,73 €) und ist im oben dargestellten Erfüllungsbetrag der erdienten Ansprüche enthalten.

Von der Übergangsregelung in Artikel 67 Abs. 1 EGHGB und dem Ansatzwahlrecht in Artikel 28 Abs. 1 EGHGB wurde kein Gebrauch gemacht. Die Pensionsverpflichtungen sind vollständig bilanziert.

Steuerrückstellungen

Noch an die Finanzverwaltungen (Deutschland und Sitzländer der Niederlassungen) abzuführende bisher nicht veranlagte Ertragsteuern wurden in Höhe von 1.882.669,58 € (Vj. 6.765.690,72 €) zurückgestellt. Für zu erwartende Steuernachzahlungen aus Betriebsprüfungen und für sonstige Steuern wurden 6.042.584,56 € (Vj. 6.044.204,50 €) zurückgestellt.

Sonstige Rückstellungen

(in Euro)	2019	2018
Ausstehende Vergütungen an Mitarbeiter	17.373.782,59	15.634.588,91
Ausstehende Provisionszahlungen	12.742.197,95	12.631.987,58
Rückstellung für ausstehende Rechnungen	6.487.180,37	8.468.870,92
Vorruhestand und Altersteilzeitverpflichtungen	5.514.346,91	5.818.487,24
Jubiläumsrückstellung	3.915.754,50	3.657.266,25
Abfertigungen (Österreich und Slowenien)	2.624.179,54	2.587.420,84
Steuerzinsen und steuerliche Nebenleistungen	666.227,00	678.447,00
Ausgleichsansprüche für ausscheidende Vertreter	2.060.796,59	2.508.992,33
Erfolgs- und Geschäftsplanvergütungen für Vertreter	1.758.138,00	1.775.000,00
Jahresabschluss- und Betriebsprüfungskosten	1.918.346,08	2.069.409,50
Abfindungen	401.928,22	679.027,87
Wettbewerbsauslobungen für den Vertrieb	1.042.494,00	843.385,00
Aufsichtsrats- und Beiratsvergütungen	752.968,00	744.729,00
Sozialplan- und Umstrukturierungsverpflichtungen	152.267,15	215.548,91
Kosten für laufende Rechtsstreitigkeiten	759.560,04	711.261,21
Übrige sonstige Rückstellungen	6.844.050,90	5.098.358,94
Summe	65.014.217,84	64.122.781,50

Außerordentliches Ergebnis

Im Geschäftsjahr entstanden keine außerordentlichen Aufwendungen und Erträge.

Steueraufwand

Die Ertragsteuern in der Gewinn- und Verlustrechnung entfallen im Umfang von 20.916.692,46 € (Vj. 18.699.475,11 €) auf das Geschäftsjahr und im Umfang von –179.001,85 € (Vj. –2.604.633,50 €) auf Vorjahre. Zusätzlich sind Aufwendungen aus der Veränderung der latenten Steuersalden in Höhe von 491.754,06€ (Vj. 3.971.645,21 €) enthalten.

V. Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2019 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten. Veränderungen auf den Kapitalmärkten und aktuelle Entwicklungen durch gesundheitliche Notlagen (wie beispielsweise COVID-19) werden seitens der Gesellschaft verfolgt. Daraus können sich sowohl Chancen als auch Risiken für die Geschäftsentwicklung ergeben. Die bisherige Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2020 verlief erwartungsgemäß.

VI. Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

(in Euro)	2019	2018
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	179.623.642,75	165.874.269,31
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	16.111.809,40	20.429.792,44
3. Löhne und Gehälter	166.988.196,59	160.905.318,96
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	30.487.083,01	28.127.489,81
5. Aufwendungen für Altersversorgung	26.196.242,15	29.946.544,17
6. Aufwendungen insgesamt	419.406.973,90	405.283.414,69

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen (§ 251 und § 285 HGB)

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht im Rahmen des Versicherungsgeschäfts entstanden und für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, sind nicht bekannt.

Die ARAG SE ist Gesellschafter der ARAG 2000 Grundstücksgesellschaft bürgerlichen Rechts und haftet für Verpflichtungen dieser Gesellschaft gesamtschuldnerisch und unbeschränkt mit ihrem gesamten Vermögen. Eine Inanspruchnahme ist unwahrscheinlich, da die Gesellschaft eine Eigenkapitalquote von 92,8 Prozent aufweist und einen Jahresüberschuss von 3,4 Millionen € erzielt hat.

Ausstehende Einlagen entfallen auf folgende Gesellschaften:

Ausstehende Einlagen beziehungsweise Einzahlungsverpflichtungen

(in Euro)

ARAG IT GmbH, Düsseldorf	1.495.000,00
ARAG Legal Services B.V., Leusden, Niederlande	6.977.311,00
Foyer-ARAG S.A., Leudelange, Luxemburg	24.788,00
Infrastrukturfonds (Kapitalanlagen)	230.428,00
Private-Equity-Fonds (Kapitalanlagen)	260.670,00

Alle ausstehenden Einlagen sind nicht eingefordert. Mit einer Einforderung ist vonseiten der Infrastruktur- und Private-Equity-Fonds kurzfristig zu rechnen. Die übrigen ausstehenden Einlagen werden vorerst nicht eingefordert werden.

Über das verbundene Unternehmen ALIN 1 GmbH & Co. KG wurden mit verschiedenen Private-Equity-Fonds Investitionsvereinbarungen mit einem Gesamtvolumen von 93.990.026,30 € geschlossen. Abrufe der Fonds führen in zeitlicher Nähe der Fälligkeit der Zahlung zu einer Einzahlung in die ALIN 1 GmbH & Co. KG, um die notwendige Liquidität bereitzustellen. Unter Berücksichtigung der bei der Gesellschaft noch vorhandenen Liquidität im Umfang von 2.460,2 T€ ist mit kurzfristigen Einforderungen in Höhe von 53.209 T€ wegen der offenen Investitionsvereinbarungen zu rechnen.

Abschlussprüferhonorare

Mit dem Abschlussprüfer wurden durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft für die Prüfung des Jahresabschlusses und der Solvabilitätsübersicht zum 31. Dezember 2019 Honorare vereinbart. Einschließlich der Auslagen und der nicht abzugsfähigen Umsatzsteuer wurden im Berichtsjahr für die Prüfungsleistungen 429.000,00 € aufwandswirksam. Für Steuerberatungsleistungen sind Aufwendungen im Umfang von 23.654,23 € und für sonstige Leistungen im Umfang von 14.059,89 € angefallen. Diese Leistungen umfassen im Wesentlichen projektbezogene Steuerberatungsleistungen und projektbezogene Schulungs- und Beratungsleistungen. Die Umsatzsteuer ist jeweils als Aufwand erfasst, da grundsätzlich keine Vorsteuerabzugsberechtigung besteht. Bei Tochtergesellschaften ist der Abschlussprüfer darüber hinaus im Rahmen von freiwilligen Jahresabschlussprüfungen sowie als unabhängiger Treuhänder in der Kraftfahrtversicherung tätig gewesen.

Mitarbeiter

Die ARAG SE hat im Geschäftsjahr 2019 durchschnittlich 2.775 (Vj. 2.643) Mitarbeiter beschäftigt. Zum 31. Dezember 2019 waren im Unternehmen 2.819 (Vj. 2.679) Mitarbeiter angestellt.

Der Mitarbeiterbestand zum 31. Dezember 2019 teilt sich auf in 1.066 (Vj. 1.061) Mitarbeiter der Hauptverwaltung in Düsseldorf und 1.609 (Vj. 1.457) Mitarbeiter der internationalen Niederlassungen. Zusätzlich waren 144 (Vj. 161) Personen aufgrund von Mutterschutz, Elternzeit, Erkrankungen und anderen Gründen als passive Mitarbeiter im Personalbestand enthalten.

Zum Zwecke ihrer Ausbildung wurden zusätzlich fünf (Vj. sieben Personen) beschäftigt.

Bezüge des Aufsichtsrats, des Beirats und des Vorstands nach § 285 Nr. 9a HGB

Der Aufwand für Bezüge des Aufsichtsrats betrug 666.400,00 €, der für den Beirat 86.568,00 €. Die Bezüge des Vorstands betrugen 6.030.798,61 €, die der früheren Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen 2.245.688,42 €. Für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen wurde eine Rückstellung in Höhe von 39.441.215,00 € gebildet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Beirats sowie des Vorstands sind im Kapitel „Organe der Gesellschaft“ angegeben.

Konzernzugehörigkeit

Die Gesellschaft und ihre Tochterunternehmen werden in den Konzernabschluss der ARAG Holding SE zum 31. Dezember 2019 einbezogen. Der Konzernabschluss der ARAG Holding SE wird im elektronischen Bundesanzeiger und im Unternehmensregister des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz veröffentlicht werden. Die Gesellschaft stellt keinen eigenen Konzernabschluss auf, da der Konzernabschluss der ARAG Holding SE befreiende Wirkung nach § 291 HGB entfaltet.

Der Beirat

Christoph Buchbender	Vorstandsmitglied der Rheinland Holding AG, Neuss, Vorsitzender
Rainer Gebhart	stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der WWK Lebensversicherung a. G., Rosenheim, stellv. Vorsitzender
Prof. Dr. Dres. h. c. Rolf Dubs	Universitätsprofessor, St. Gallen, Schweiz
Werner Gremmelmaier	Vorstandsmitglied der uniVersa Lebensversicherung a. G., Neukeferloh
Dr. Volker Himmelseher	Diplom-Kaufmann, Pulheim
Dr. Dr. h. c. Burkhard Hirsch	Rechtsanwalt, Düsseldorf
Volker Steck	Vorstandsvorsitzender der Helvetia Versicherungen/ Direktion für Deutschland, Frankfurt/Main
Hans Schwarz	Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Düsseldorf i. R., Düsseldorf
Carl Ludwig Thiele	Rechtsanwalt/ Vorstand Deutsche Bundesbank i. R. Osnabrück
André Wüstner	Bundesvorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbands, Montabaur
Prof. Dr. Christian Zwirner	Wirtschaftsprüfer/Steuerberater/ Geschäftsführer, Dr. Kleeberg & Partner GmbH, München

Der Vorstand	Dr. Dr. h. c. Paul-Otto Faßbender	Ressort Zentrale Konzernfunktionen, Düsseldorf, Vorsitzender
	Dr. Renko Dirksen	Ressort Kapitalanlagen/Konzern- entwicklung/Betriebsorganisation, Meerbusch
	Dr. Matthias Maslaton	Ressort Konzern Vertrieb, Produkt und Innovation, Moers
	Wolfgang Mathmann	Ressort Konzern Finanzen, Krefeld (seit 15. April 2019)
	Werner Nicoll	Ressort Konzern Finanzen, Herzogenrath (bis 14. April 2019)
	Hanno Petersen	Ressort Konzern IT und Operations, Ratingen
	Dr. Joerg Schwarze	Ressort Konzern Risikomanagement und Konzern Controlling, Düsseldorf

VIII. Ergebnisverwendungsvorschlag

Der Bilanzgewinn stellt sich wie folgt dar:

Bilanzgewinn

(in Euro)

Jahresüberschuss	51.848.351,22
Einstellungen in die anderen Gewinnrücklagen	0,00
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	29.712,02
Bilanzgewinn	51.878.063,24

Es wird vorgeschlagen, aus diesem Bilanzgewinn eine Dividende an die Aktionäre in Höhe von 30.000.000,00 € zu gewähren. Ein Betrag von 21.800.000,00 € ist zur Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen vorgesehen. Der Restbetrag von 78.063,24 € soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Düsseldorf, den 10. März 2020

ARAG SE

Der Vorstand

Dr. Dr. h. c. Paul-Otto Faßbender

Dr. Renko Dirksen

Dr. Matthias Maslaton

Wolfgang Mathmann

Hanno Petersen

Dr. Joerg Schwarze

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die ARAG SE, Düsseldorf

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der ARAG SE, Düsseldorf, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der ARAG SE für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

1. Bewertung der Kapitalanlagen
2. Bewertung der Schadenrückstellungen

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

1. Sachverhalt und Problemstellung
2. Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
3. Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kapitalanlagen

1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden Kapitalanlagen in der Bilanz in Höhe von € 2.031 Mio (88,6 % der Bilanzsumme) ausgewiesen. Bei Kapitalanlagen, deren Bewertung nicht auf Basis von Börsenpreisen oder sonstigen Marktpreisen erfolgt, besteht aufgrund der Notwendigkeit der Verwendung von Modellberechnungen ein erhöhtes Bewertungsrisiko. In diesem Zusammenhang sind von den gesetzlichen Vertretern Ermessensentscheidungen, Schätzungen und Annahmen zu treffen. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der Kapitalanlagen haben. Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung der Kapitalanlagen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft sowie der erheblichen Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der Kapitalanlagen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.
2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der Kapitalanlagen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Spezialisten für Kapitalanlagen die von der Gesellschaft verwendeten Modelle und von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unsere Bewertungsexpertise für Kapitalanlagen, unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Bewertung der Kapitalanlagen und Erfassung des Ergebnisses aus Kapitalanlagen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der Kapitalanlagen vorgenommen. Wir haben unter anderem auch die zugrundeliegenden Wertansätze und deren Werthaltigkeit anhand der zur Verfügung gestellten Unterlagen nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden und die Periodenabgrenzung überprüft. Darüber hinaus haben wir die von der Gesellschaft erstellten bzw. eingeholten Bewertungsgutachten (einschließlich der angewendeten Bewertungsparameter und getroffenen Annahmen) für die wesentlichen Beteiligungen der Gesellschaft gewürdigt. Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der Kapitalanlagen begründet und hinreichend dokumentiert sind.
3. Die Angaben der Gesellschaft zu den Kapitalanlagen sind im Abschnitt II „Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

2. Bewertung der Schadenrückstellungen

1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle“ versicherungstechnische Rückstellungen (sog. „Schadenrückstellungen“) in Höhe von € 1.178 Mio (51,4 % der Bilanzsumme) ausgewiesen. Versicherungsunternehmen haben versicherungstechnische Rückstellungen insoweit zu bilden, wie dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen sicherzustellen. Die Festlegung von Annahmen zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfordert von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft neben der Berücksichtigung der handels- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen eine Einschätzung zukünftiger Ereignisse und die Anwendung geeigneter Bewertungsmethoden. Den bei der Ermittlung der Höhe der Schadenrückstellungen angewendeten Methoden sowie Berechnungsparametern liegen Ermessensentscheidungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter zugrunde. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der Schadenrückstellungen haben. Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung dieser Rückstellungen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft sowie der erheblichen Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der Schadenrückstellungen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.
2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der Schadenrückstellungen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Bewertungsspezialisten die von der Gesellschaft verwendeten Methoden und von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt sowie anerkannte Methoden berücksichtigt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Ermittlung und Erfassung von Schadenrückstellungen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der Schadenrückstellungen vorgenommen. Wir haben unter anderem auch die der Berechnung des Erfüllungsbetrags zugrundeliegenden Daten mit den Basisdokumenten abgestimmt. Damit einhergehend haben wir die berechneten Ergebnisse der Gesellschaft zur Höhe der Rückstellungen anhand der anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden und die Periodenabgrenzungen überprüft. Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der Schadenrückstellungen begründet und hinreichend dokumentiert sind.
3. Die Angaben der Gesellschaft zu den Schadenrückstellungen sind im Abschnitt II. „Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Die sonstigen Informationen umfassen zudem die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden vom Aufsichtsrat am 10. April 2019 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 29. Oktober 2019 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1992 als Abschlussprüfer der ARAG SE, Düsseldorf, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Ludger Koslowski.

Düsseldorf, den 19. März 2020

PricewaterhouseCoopers
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ludger Koslowski
Wirtschaftsprüfer

Michael Peters
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Im Berichtsjahr hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die Geschäftsführung des Vorstands kontinuierlich überwacht und beratend begleitet. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen unmittelbar eingebunden. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat regelmäßig sowie schriftlich als auch mündlich, zeitnah und umfassend über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung der Gesellschaft und deren Tochtergesellschaften, die vorgesehene Geschäftspolitik, die Unternehmensplanung, die Risikolage und das Risikomanagement sowie über bedeutende Einzelvorgänge. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Plänen und Zielen wurden vom Vorstand im Einzelnen erläutert und vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Soweit für Geschäftsführungsmaßnahmen nach Gesetz oder anderen Regelungen eine Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich war, hat der Aufsichtsrat dazu ausführliche schriftliche Informationen vom Vorstand erhalten. Der Aufsichtsrat hat diese Berichte in seinen Sitzungen umfassend erörtert und mit dem Vorstand beraten sowie die erforderlichen Entscheidungen getroffen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich der gesamte Aufsichtsrat in vier ordentlichen Sitzungen von der Ordnungs- und Zweckmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstands überzeugt. Des Weiteren trat der Aufsichtsrat einmal zur konstituierenden Sitzung des Gremiums und seiner Ausschüsse zusammen. Darüber hinaus tagte das Gremium einmal außerordentlich. Der Aufsichtsratsvorsitzende stand auch außerhalb der Aufsichtsratssitzungen in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand und ließ sich über die aktuelle Entwicklung der Geschäftslage und die wesentlichen Geschäftsvorfälle informieren.

Gegenstand der Aufsichtsratssitzungen im Geschäftsjahr 2019 waren insbesondere Berichte über die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft einschließlich ihrer Auslandsniederlassungen und ihrer Beteiligungsgesellschaften. In die Berichterstattung sind auch die Konzernrisikostategie, der Risiko- und Controllingbericht, der ORSA-Bericht zum 30. Juni 2018 sowie die strategische Planung für die nächsten drei Jahre eingeflossen. Außerdem ist ein Vorstandsmitglied im April in den Ruhestand eingetreten und das Gremium hat die notwendigen Beschlüsse zur Regelung der Altersvorsorgebezüge gefasst. Darüber hinaus wurden zwei Mitglieder des Vorstands für die höchstzulässige Dauer wiederbestellt. Zudem hat sich das Gremium mittels einer gemeinsamen Tagung auf Basis des zu Jahresbeginn verabschiedeten Entwicklungsplans 2019 fortgebildet. Nach Vornahme einer erneuten Selbsteinschätzung des Gremiums im laufenden Jahr wurde auch bereits der Entwicklungsplan für das Jahr 2020 beraten und verabschiedet.

Des Weiteren wurden die Quartalsergebnisse nach HGB beziehungsweise Solvency II sowie die Prognoserechnungen 2019 vom Aufsichtsrat behandelt.

Außerdem befasste sich das Gremium mit der Angemessenheit der Vorstandsbezüge und der Vergütungssystematik für die Mitarbeiter. In diesem Zusammenhang wurden auch Überlegungen zu einer Neuregelung der Altersvorsorge für zukünftige Vorstände angestellt, eine finale Beschlussfassung erfolgte jedoch noch nicht. Des Weiteren hat sich der Aufsichtsrat auch mit der Führungskräftestatistik nach der gesetzlichen Vorgabe beschäftigt und die Geschlechterquoten für den Vorstand sowie den Aufsichtsrat bis 2021 festgelegt.

In Ergänzung dazu hat der Aufsichtsrat die Erreichung der Vorstandsziele für das Jahr 2018 bewertet sowie die Vorstandsziele für das abgelaufene Geschäftsjahr im Hinblick auf die variable Vergütung festgelegt. Darüber hinaus hat sich das Gremium über die Einführung eines digitalen Beratungs- und Abschlussprozesses sowie das Recruiting und die Weiterbildung im Stammvertrieb informieren lassen. Ebenfalls im Hinblick auf den Stammvertrieb wurde der Aufsichtsrat über ein Projekt zur Etablierung eines Lead- und Angebotsmanagements informiert. Auch erfolgte im Gremium ein Bericht des Bereichs Data Analytics zur Nutzung von künstlicher Intelligenz und Machine Learning in der Versicherung.

Der Aufsichtsrat hat sich außerdem über die Ausgestaltung des Compliance-Systems sowie aktuelle Compliance-Themen informiert und sich die Geschäftsentwicklung sowie Planung der ARAG Österreich nach dem Wechsel der Niederlassungsleitung vorstellen lassen.

Zudem war die ab dem Geschäftsjahr 2020 vorgesehene Rotation des Abschlussprüfers immer wieder Thema der Aufsichtsratssitzungen im abgelaufenen Geschäftsjahr. Es erfolgten regelmäßige Statusberichte zum Auswahlprozess und es wurden notwendige Beschlüsse gefasst (im Wesentlichen: Festlegung des Auswahlprozesses, notwendige Anpassungen der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats, Beginn der Ausschreibung).

Zuletzt hat das Gremium noch eine Prokura gemäß seiner Zuständigkeit erteilt.

In der außerordentlichen Zusammenkunft des Aufsichtsrats wurden erforderliche Beschlüsse im Hinblick auf den Ruhestandsbeginn des Vorstandsvorsitzenden und seine Nachfolge ab Juli 2020 gefasst.

Schriftliche Verfahren gab es im Aufsichtsrat keine.

Der Aufsichtsrat hat drei Ausschüsse gebildet.

Der Finanzausschuss hat im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt viermal ordentlich getagt. Thema der Sitzungen war der Immobilienbericht für alle ARAG Gesellschaften, die Genehmigung von IT-Berateraufträgen für das laufende und das kommende Jahr sowie von diversen Organbestellungen in Tochterunternehmen gemäß der Zuständigkeit des Gremiums. Der Finanzausschuss hat sich ferner regelmäßig zur Kapitalanlagepolitik und zur Entwicklung des Kapitalmarkts berichten lassen sowie die jährliche Information zur Performance im Bereich Private Equity erhalten. Auch die Kennzahlen im Schadenkomplex rund um die (VW-)Abgasthematik wurden regelmäßig im Finanzausschuss präsentiert.

Außerdem hat der Finanzausschuss eine Darstellung zu einem Großmaklerportfolio der ARAG SE hinsichtlich der Aspekte Produktion, Profitabilität und Strategie zur Kenntnis genommen. In regelmäßigen Abständen wurde dem Gremium des Weiteren zur Geschäftsentwicklung der LegalTech-Einheit „Justix GmbH“ berichtet und dahin gehend eine Strategieanpassung für 2019 beschlossen sowie die weitere Planung bis 2022 präsentiert. Ebenso wurde das Gremium zur Geschäftsentwicklung der ARAG Services Ltd. in Kanada und zu den Expansionsaktivitäten der ARAG in Australien informiert.

Zusätzlich wurde eine Kapitalzuführung an eine Vermittlungsagentur der ARAG SE im Ausland sowie die Verlängerung eines Vertrags mit einem Schulungszentrum für den Stammvertrieb genehmigt. Darüber hinaus wurde vom Finanzausschuss einer Servererneuerung, der Veräußerung eines Grundstücks, der Ausschreibung für einen neuen Stromliefervertrag und dem Rückkauf der Nachranganleihe der Gesellschaft zugestimmt.

Auch hat sich der Finanzausschuss in diversen Sitzungen mit dem Erwerb von zum Verkauf stehenden Rechtsschutzbeständen und generellen Merger&Acquisition-Optionen beschäftigt. Im Zuge dessen wurde der Abgabe von Angeboten und der Gewährung finanzieller Mittel zugestimmt.

Zuletzt wurde vom Finanzausschuss noch ein größeres Digitalisierungsvorhaben in einer Auslandseinheit genehmigt.

Darüber hinaus hat der Finanzausschuss in insgesamt acht schriftlichen Beschlussfassungen IT-Beraterbeauftragungen sowie Organbestellungen in Tochterunternehmen gemäß seiner Zuständigkeit genehmigt. Außerdem hat der Finanzausschuss der Umschichtung eines Spezialfonds sowie einem Fondsmanagerwechsel zugestimmt.

Der Bilanz- und Prüfungsausschuss hat im abgelaufenen Geschäftsjahr viermal ordentlich und einmal außerordentlich getagt. Neben den Quartalsabschlüssen nach HGB und Solvency II sowie Prognosen für den Abschluss im Geschäftsjahr 2019 wurde die strategische Planung für die Jahre 2020 bis 2022 erörtert und dem Aufsichtsrat zur Verabschiedung empfohlen. Darüber hinaus hat sich der Bilanz- und Prüfungsausschuss mit der steuerlichen Überleitungsrechnung auf Konzernebene beschäftigt. Zudem war das Gremium in die Festlegung der Prüfungsschwerpunkte für den Jahresabschluss 2018 eingebunden und hat sich im Zuge dessen auch zur Jahresabschlussprüfung für 2018 und zu den Nichtprüfungsleistungen in 2018 berichten lassen.

Zuletzt hat sich der Bilanz- und Prüfungsausschuss in diversen Sitzungen mit einer für das Geschäftsjahr 2020 vorgesehenen Abschlussprüferrotation beschäftigt und die erforderlichen Beschlüsse gefasst oder für den Gesamtaufichtsrat vorbereitet. Dabei ging es im Wesentlichen um die Festlegung des Auswahlprozesses, notwendige Anpassungen an der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats, den Beginn der Ausschreibung, die Festlegung von Auswahlkriterien, die Bewertung der eingegangenen Bewerbungen und die Beschlussempfehlung für die Wahl des Abschlussprüfers ab dem Geschäftsjahr 2020.

Umlaufverfahren gab es im Bilanz- und Prüfungsausschuss keine.

Der Personalausschuss hat im Geschäftsjahr 2019 viermal ordentlich und einmal außerordentlich getagt. Darüber hinaus ergingen Beschlüsse in einem schriftlichen Verfahren. Beratungsgegenstände der Sitzungen waren die Zielbewertungen und -vereinbarungen, die Alters-/Hinterbliebenenversorgung und die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder. In diesem Zusammenhang hat sich das Gremium auch mit der Altersversorgung für Vorstandsmitglieder, die in 2019 und 2020 in den Ruhestand gehen, sowie für ehemalige Vorstände beschäftigt und die dahin gehend nötigen Beschlussfassungen im Gesamtaufichtsrat vorbereitet. Des Weiteren hat der Ausschuss die jährliche Prüfung und Abnahme der Leitlinien zu Fit&Proper sowie zur Vergütung vorgenommen und die ihm entsprechend der Geschäftsordnung obliegenden Genehmigungen nach § 114 AktG erteilt. Nicht zuletzt hat der Personalausschuss Beschlussfassungen zu Vorstandsbestellungen vorbereitet.

Ferner hat sich der Personalausschuss mit der Vergütungssystematik sowie der Führungskräftestatistik nach der gesetzlichen Vorgabe auseinandergesetzt und im Zusammenhang mit Letzterem die Geschlechterquoten für den Vorstand sowie den Aufsichtsrat bis 2021 an den Gesamtaufichtsrat vorgeschlagen. Einen weiteren Schwerpunkt machten darüber hinaus die Beratungen zur Sicherstellung der Erfüllung der Anforderungen an die fachliche Eignung und persönliche Zuverlässigkeit (Fit&Proper-Anforderungen) aus. Darüber hinaus hat das Gremium die Anpassung der Geschäftsverteilung des Vorstands mit Beginn des Ruhestands des Vorstandsvorsitzenden erörtert. Zuletzt hat sich der Personalausschuss vor Behandlung im Gesamtaufichtsrat mit der jährlichen Selbsteinschätzung im Aufsichtsrat sowie dem darauf basierenden Entwicklungsplan beschäftigt.

In der außerordentlichen Zusammenkunft des Personalausschusses wurden die Beschlüsse im Hinblick auf den Ruhestandsbeginn des Vorstandsvorsitzenden und seine Nachfolge ab Juli 2020 für den Gesamtaufichtsrat vorbereitet.

Gegenstand einer schriftlichen Beschlussfassung waren außerdem die dem Personalausschuss entsprechend der Geschäftsordnung obliegenden Genehmigungen nach § 114 AktG.

Über die Sitzungen und die Arbeit der Ausschüsse ist in den Plenumsitzungen ausführlich berichtet worden.

Der vom Vorstand nach den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften für Versicherungsunternehmen aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung vom durch den Aufsichtsrat am 10. April 2019 gewählten und beauftragten Abschlussprüfer, die PwC PricewaterhouseCoopers GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

Die vorgenannten Unterlagen, der Geschäftsbericht, der Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns und der Bericht des Abschlussprüfers sind allen Bilanz- und Prüfungsausschussmitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig vor der Sitzung des Aufsichtsrats am 2. April 2020 ausgehändigt worden. Die Unterlagen wurden in der Sitzung vom Vorstand zusätzlich mündlich erläutert. Die Wirtschaftsprüfer, die den Prüfungsbericht unterzeichnet haben, nahmen an den Beratungen des Aufsichtsrats und des Bilanz- und Prüfungsausschusses über die Vorlagen teil, berichteten über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung und standen darüber hinaus für ergänzende Auskünfte zur Verfügung.

Der Bilanz- und Prüfungsausschuss hatte sich vor der Sitzung des Aufsichtsrats eingehend mit diesen Unterlagen befasst und dem Aufsichtsrat eine Billigung des Jahresabschlusses und des Lageberichts empfohlen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind keine Einwendungen zu erheben. Der Aufsichtsrat hat nach eigener Prüfung und unter Berücksichtigung des Berichts des Bilanz- und Prüfungsausschusses dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts durch den Abschlussprüfer zugestimmt. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss sowie den Lagebericht gebilligt und damit den Jahresabschluss sowie den Lagebericht festgestellt. Er schließt sich dem Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns an. Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung vor, den Mitgliedern des Vorstands Entlastung zu erteilen.

Der vom Vorstand gemäß § 312 AktG vorgelegte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen wurde ebenfalls geprüft. Die Prüfung umfasste auf der Grundlage des Rechts auf Einsichtnahme in die Bücher und Schriften der Gesellschaft und der durch den Vorstand vorgelegten Berichte und Informationen die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben im Bericht. Beanstandungen ergaben sich durch die Prüfung nicht.

Der Abschlussprüfer hat den Bericht des Vorstands nach § 312 AktG ebenfalls geprüft und erteilt folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Dieser Beurteilung schließt sich der Aufsichtsrat an. Gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erhebt der Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.

Düsseldorf, den 2. April 2020

Der Aufsichtsrat

Gerd Peskes
(Vorsitzender)

Margit Schuler
(stellv. Vorsitzende)

Prof. Dr. Walter Ackermann

Dr. Tobias Bürgers

Marco Hoogendam

Dr. Michael Pielorz

Prof. Dr. Fred Wagner

Richard Wenhart

Dr. Sven Wolf

Weitere Informationen

Mit zahlreichen Publikationen, aber auch im Internet bietet Ihnen die ARAG ein breites Angebot an Informationen rund um den Konzern, über Versicherungsprodukte und Serviceleistungen. Natürlich fehlen bei der ARAG mit ihrer Kernkompetenz im Rechtsschutz auch nicht die ausgewählten Tipps und Ratgeber zum Thema Recht. Wenn Sie Fragen haben, ein Versicherungsangebot wünschen oder sich nur grundlegend informieren möchten: Nehmen Sie Kontakt mit uns auf oder besuchen Sie unsere Homepage im Internet.

Aktuelle **Informationen zum Konzern** erhalten Sie unter folgender Adresse:

ARAG
Konzernkommunikation/Marketing
ARAG Platz 1
40472 Düsseldorf
Telefon 0211 963-3488
Telefax 0211 963-2025
0211 963-2220
E-Mail medien@ARAG.de

Wünschen Sie ein individuelles Angebot? Per Telefon, Fax oder Mail sind wir stets für Sie erreichbar:

Telefon 0211 98 700 700
Telefax 0211 963-2850
E-Mail service@ARAG.de

Im Internet erhalten Sie aktuelle **Informationen zum Konzern und zu unseren Produkten** über unsere Homepage:

www.ARAG.com

Aus rechentechnischen Gründen können im Geschäftsbericht Rundungsdifferenzen in Höhe von $\pm$ einer Einheit (Währung, Prozent) auftreten.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf eine geschlechterspezifische Differenzierung verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Impressum

Redaktion	ARAG Konzernkommunikation/Marketing
Gestaltung und	
Realisierung	Kammann Rossi GmbH, Köln
Fotografie	Titel: Getty Images

